



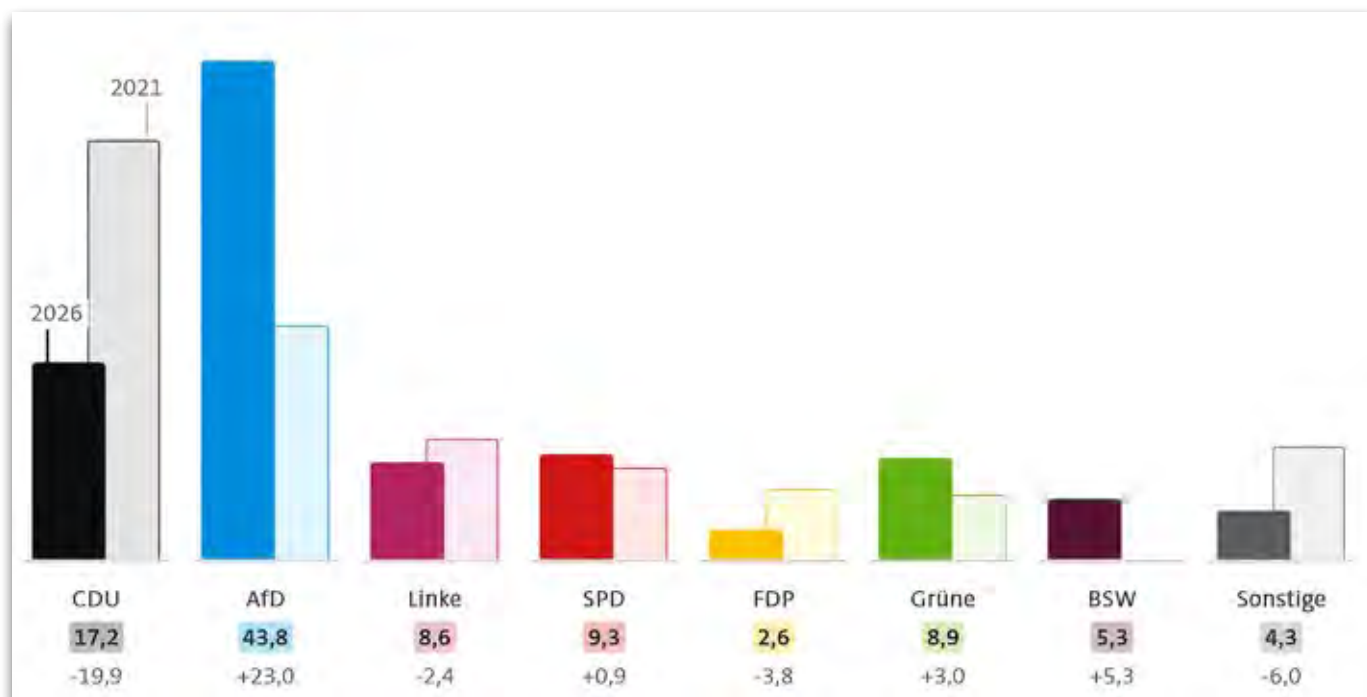
Bürger*innenbrief

15. September 2026

Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft



Nach der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt +++ Mietendeckel +++ Großprojektdesaster der Umweltbehörde +++ Sternbrücke generiert grüne Hochhausideen +++ U5-Desaster +++ Manege frei ohne Wildtiere +++ Holstenstraße 197 erhalten +++ Jan van Aken zieht Bilanz +++ Gerhard Daehnel: Arbeiterfotograf +++ NordArt 2026



Das vorläufige Ergebnis der Wahl in Sachsen-Anhalt am 6. September 2026, Werte in Prozent. Quelle: Landeswahlleiterin (ARD-Grafik)

Liebe Leserinnen und Leser,

Der 6. September 2026 markiert eine dramatische Zäsur in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte. Zum ersten Mal seit 1945 hat eine vom Verfassungsschutz als »gesichert rechtsextremistisch« eingestufte Partei eine Landtagswahl mit einem mehr als nur beängstigenden Spitzenergebnis von 43,8 Prozent für sich gewinnen können. Mensch muss nicht die Meinung des taz-Kolumnisten Robert Misk teilen (»Es sind Faschisten – und nicht bloß unglückliche Dödel«), aber dass hier ein Damm-, ein Tabubruch sondergleichen vollzogen wurde, ist die bittere Wahrheit. Machen wir uns nichts vor, hier könnte sich der Einstieg in eine andere Republik abzeichnen. Wir sind erschüttert und traurig, dass wir als Linke diese Entwicklung nicht verhindern konnten, und wütend

über eine unsoziale Politik der etablierten Parteien und der Bundesregierung, die ein solches Desaster überhaupt erst ermöglicht hat. Alles Weitere mag dem nachfolgend aufgenommenen Statement von Ines Schwerdtner und Luigi Pantisano, dem Vorsitzenden-Duo der LINKEN, entnommen werden.

Derweil geht die Arbeit in Hamburg weiter, die nach der Sommerpause längst wieder Fahrt aufgenommen hat. Vollzogen wurde in den vergangenen Wochen auch der Umzug in die neuen Räume der Fraktionen, die nun weitgehend im »Haus der Bürgerschaft« unter einem Dach vereint sind. Wer mag, schaut einfach mal bei uns am Neuen Wall 38 vorbei. Nachdem die Linksfraktion jahrelang ihre Räume auf der selben Etage hatte wie die Hamburger Landesorganisation



1.500 Hamburger*innen auf dem Jungfernstieg am Abend des 6. September, um gegen die AfD anlässlich ihres Wahlerfolgs in Sachsen-Anhalt zu demonstrieren (Foto: Michael Joho)

der LINKEN, hat es jetzt notgedrungen eine Trennung gegeben. Das Parteibüro befindet sich seit dem 1. September am Speersort 4.

Ansonsten gehen wir nach unserer Einschätzung auf einen bewegten Herbst zu, wie nicht zuletzt die Beiträge in diesem »Bürger*innenbrief« zum bundesweiten Aktionstag der Gewerkschaften am 26. September sowie zum Protest gegen das Kriegsmanöver »Red Storm Charlie« ebenfalls an diesem Tag unterstreichen. Und die Fraktion ist ab sofort im Haushaltsstress, es gilt hunderte Seiten Zahlen, Tabellen und kurze Kommentare durcharbeiten, oft genug, um überhaupt erst

einmal zu verstehen, was die Doppik damit meint. Zweifellos eine der wichtigsten, aber auch zugleich auch nervigsten Tätigkeiten sowohl für die Abgeordneten wie auch für sämtliche Mitarbeiter*innen. Wir werden darüber noch berichten.

Und wenn's mal wieder besser läuft als in Sachsen-Anhalt, werden wir im nächsten BB ja vielleicht schon den Amtsantritt einer ersten linken Landeschefin in Deutschland vermelden können. Also, uns tāt's gefallen!

Heike Sudmann und Stephan Jersch
Janine Burkhardt, Jens Schultz, Kolja Rosemann
und Michael Joho



Der Co-Landesvorsitzende der Hamburger LINKEN (Quelle)



Unterstützung für den DGB-Aktionstag am 26. September (Quelle)

Nach der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt

Die Co-Parteivorsitzenden Ines Schwerdtner und Luigi Pantisano haben sich am 9. September mit einer Erklärung an die Partei und die interessierte Öffentlichkeit gewandt. Wir nehmen das Statement hier in Gänze auf.



Ines Schwerdtner zu den Lügen über die Forderung nach Enteignung von Wohnungskonzernen (in Berlin); 20-minütiges-Statement auf Youtube

Der Ausgang der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt ist verheerend für das Land und die Menschen, die dort leben. Das müssen wir festhalten. Gleichzeitig müssen wir uns eingestehen: Sehr viele Wähler:innen dort sehen das anders. Fast die Hälfte von ihnen hat die AfD – eine faschistische Partei – gewählt.

Das darf nicht so bleiben. Und das muss auch nicht so bleiben. Aber wir müssen ehrlich mit uns sein: Um die rechte Deutungshoheit in vielen Regionen zu brechen, werden wir Jahre brauchen.

Klar ist auch: Wir hatten uns als Linke ein besseres Ergebnis erhofft. **Am entschlossenen Einsatz der Genoss:innen vor Ort, die um jede Stimme gekämpft haben, hat es nicht gelegen.** Das steht fest.

Die wichtigste Aufgabe, die jetzt vor uns liegt, ist klar: Wir werden eine kritische und wachsame Opposition sein – im Parlament und auf der Straße. **Wir werden uns schützend vor unsere Nachbar:innen und Freund:innen in Sachsen-Anhalt stellen, die von der AfD angefeindet und von ihrer Politik bedroht werden.** Wir werden an der Seite derjenigen stehen, die rassistisch angegriffen und ausgegrenzt werden. Wir werden queere Menschen verteidigen, wenn die AfD gegen sie hetzt. Wir werden Frauen zur Seite stehen, wenn ihre Rechte und ihre Selbstbestimmung beschnitten werden. Wir werden alle unterstützen, die sich gegen die Willkür ihres Chefs oder ihres Vermieters wehren. Und wir werden für die Menschen da sein, die bei der Kürzungspolitik der Merz-Regierung unter die Räder geraten. **Wir lassen niemanden alleine.**

Ob die AfD an die Regierung kommt oder nicht, liegt nun tragischerweise in den Händen des BSW und einer zerstrittenen CDU. Auf ihre Standhaftigkeit können wir uns nicht verlassen. Fokussieren wir uns also auf das, was wir selbst in der Hand haben.

Wir werden uns als Partei entschlossen an den Protesten gegen die AfD beteiligen und unsere Wut und

Trauer gemeinsam mit euch auf die Straße tragen. Die Rechten wollen, dass wir uns zurückziehen. Diesen Gefallen werden wir ihnen nicht tun.

Antifaschismus ist in unserer DNA. Wir machen keinen Hehl daraus, wo wir politisch stehen: auf der anderen Seite des Spektrums zur AfD. Aber die Proteste nach der Correctiv-Recherche haben uns auch gelehrt: Mobilisierung allein reicht nicht. Sonst folgt auf den Protest schnell die Ernüchterung: Wir waren so viele – und geändert hat sich dennoch nichts.

Um zu verhindern, dass starke Mobilisierungen in politische Resignation umschlagen, darf unser Widerstand nicht bei der Empörung enden. **Wir müssen jetzt den Kampf gegen die Politik aufnehmen, die das Erstarken der Rechten weiter befeuert.** Und das ist die Politik der Merz-Regierung. Wir werden die Opposition sein gegen ihren Sozialraub, ihren Autoritarismus und ihre Militarisierung.

Wir als Linke organisieren seit Juni in verschiedenen Bündnissen und dutzenden Städten Proteste und bringen Menschen auf die Straße, die klar sagen: Es reicht! **Für den 26. September ruft auch der Deutsche Gewerkschaftsbund deutschlandweit zu Protesten gegen die Armutsreformen auf.** Diese kommenden gewerkschaftlichen Kundgebungen können auf unsere Unterstützung zählen.

Unsere Aufgabe als Partei ist es, die Brücke zwischen den Protesten gegen die AfD und dem Widerstand gegen die Armutsreformen der Bundesregierung zu schlagen. Unsere Erfahrung aus den letzten Jahren hat gezeigt, was kurzzeitige Mobilisierungen leisten: Sie bestärken uns. Und sie zeigen uns, wie viele wir sind. Sie machen die AfD aber nicht kleiner.

Die Rechten haben sich im ländlichen und vorpolitischen Raum verankert. Wenn wir ihnen etwas entgegensetzen wollen, müssen wir ihnen diese Räume streitig machen und genau dort unsere Präsenz wieder ausbauen: in Vereinen, an Infoständen, auf Festen auf dem Dorfplatz und vor allem wieder in den Betrieben, wo sich die Kolleginnen und Kollegen organisieren.

Wir haben in den letzten Jahren rote Leuchttürme errichtet – die müssen nun ins ganze Land strahlen. Die Direktmandate, die wir in Halle und Magdeburg gewonnen haben, zeigen: **Wenn wir den Menschen an den Haustüren zuhören, wenn wir Hilfsstrukturen aufbauen und Protest organisieren, dann können wir gegen die AfD gewinnen.** Auch kommunal zeigen unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, was möglich ist, wenn wir vor Ort verankert und ansprechbar sind.

Das ist der Weg, den wir weiter beschreiten: **Wir bauen unsere Präsenz aus, Stadt für Stadt, Ort für Ort.** Wir werden dort sein, wo die Menschen leben und arbeiten: in größeren

wie in kleineren Städten, in Betrieben und Nachbarschaften. Wenn wir das Leben der Menschen bezahlbar machen, ihnen konkrete Hilfe bieten, für funktionierende Städte und lebenswerte Dörfer sorgen, verankern wir uns im Alltag der Menschen. So stärken wir nicht nur das Vertrauen der Menschen in uns, sondern bauen auch die politische Gegenmacht auf, die wir brauchen, um die AfD langfristig zu schlagen.

Die Rechten haben gerade mit dem Versprechen nach radikalem Bruch und Veränderung gewonnen. Sie werden dieses Versprechen nicht einlösen können: Der Bruch der AfD mit den herrschenden Verhältnissen wird sich im Kulturkampf erschöpfen, die zugrunde liegende wirtschaftliche und gesellschaftliche Misere wird bestehen bleiben. **Wir müssen weiter an einem wirklichen, materiellen Gegenentwurf zu Faschismus und Neoliberalismus arbeiten, einem dritten Pol der Hoffnung.**

Wir wissen: Jede Verbesserung für die Menschen wird ein harter Kampf. Glaubhaft sind wir nur, wenn wir diesen Kampf niemals aufgeben, schon gar nicht in vauseilendem

Gehorsam gegenüber den mächtigen wirtschaftlichen Interessen, die die Politik ohnehin schon dominieren. **Einen dritten Pol jenseits von Faschismus und Neoliberalismus aufzubauen, ist eine langfristige, schwierige Aufgabe.** Und es ist definitiv nicht der Weg des geringsten Widerstands. Doch wir sind überzeugt: Wenn wir wirkliche materielle Verbesserungen erkämpfen wollen, wenn wir die Faschisten zurückschlagen wollen, dann bleibt uns nur dieser Weg.

Ines Schwerdtner und Luigi Pantisano

PS: Wir gehen mit Selbstbewusstsein in die kommenden Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. In Berlin haben wir die Chance, mit Elif Eralp als Bürgermeisterin einen fundamentalen Politikwechsel gegen explodierende Mieten, verfallende Infrastruktur und einen zunehmend unbezahlbaren Alltag einzuleiten. **Wir wissen, dass jede Verbesserung für die Menschen ein harter Kampf wird – nehmen wir ihn auf!**

Der Regierung und den Rechten eine Harke zeigen!

Am 26. September gehts bundesweit auf die Straßen

Die sogenannten Reformen der Bundesregierung – der massive Sozial- und Bildungsabbau, Einschnitte bei der Rente und der Gesundheitsversorgung, Rücknahme von Errungenschaften im Arbeitsleben und bei der Arbeitszeit, weniger Geld für die Klimaretter und die Entwicklungshilfe usw. – verlangen eine starke Antwort der Gesellschaft, vor allem der Menschen mit weniger oder mittlerem Einkommen, die unter den »Reformen« ganz besonders zu leiden haben. Lange haben die Gewerkschaften die Entwicklungen nur kommentiert, jetzt platzt ihnen, platzt uns der Kragen – auch weil die Nutznießer*innen dieser unsozialen Pläne die rechtesten Rattefänger in diesem Land sind. Am Samstag, den 26. September, gehen die Gewerkschaften und die demokratischen Kräfte bundesweit auf die Straßen, um für einen Richtungswechsel, für eine andere, bessere, soziale Republik zu demonstrieren. Wir sind selbstverständlich dabei. Und nehmen hier beispielhaft den Hamburger Aufruf der Gewerkschaft ver.di auf. Es ist fünf vor zwölf! Sozialstaatsretter*innen stehen zusammen!



Plakat der Hamburger Gewerkschaften zum Aktionstag am 26. September

Es ist fünf vor zwölf



Unser Sozialstaat ist kein Luxus, sondern Ausdruck gelebter Solidarität und das Rückgrat von Demokratie, Wirtschaft und sozialem

Zusammenhalt. Er schützt vor Lebensrisiken und ermöglicht ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit und Vielfalt. Zugleich ist er weit leistungsfähiger und weniger kostspielig, als seine Gegner*innen behaupten. Deshalb gilt: Wer den Sozialstaat angreift, greift unsere Demokratie und unsere Zukunft an.

Wir wissen: Wohlstand entsteht nicht durch Verzicht oder längere Arbeitszeiten, sondern durch gute Löhne, faire Arbeitsbedingungen und Respekt, für diejenigen, die dieses Land am Laufen halten. Aber: Die Beschäftigten arbeiten längst am Limit.

Die Pläne der Bundesregierung lösen die Krise nicht – sie wirken als Brandbeschleuniger. Sie gefährden den gesellschaftlichen Frieden und schwächen das Vertrauen in demokratische Institutionen. Ein starker Sozialstaat hingegen schützt uns alle und wirkt als verlässlicher Schutzschild gegen demokratie-feindliche Strömungen.

Wir stellen uns mit aller Macht gegen die Pläne der Bundesregierung!

Wir wollen eine gerechte Verteilung des Reichtums, den so viele erarbeiten, von dem aber wenige profitieren. Wir lehnen Kürzungen bei Renten, Kranken- und Pflegeversicherung ab. Wir sagen »Nein« zu einer weiteren Anhebung des Renteneintrittsalters und zur Verlagerung sozialer Risiken in private Vorsorge. Stattdessen fordern wir stabile Leistungen und eine solidarische Finanzierung, bei der hohe Vermögen endlich stärker beitragen.

Kundgebung am Samstag, den 26. September, um 5 vor 12, Rathausmarkt

Zubringer-Demos:

ver.di und UNKÜRZBAR Hamburg: 10.15 Uhr, ab Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof

Jugendbündnis-Demonstration: 10.30 Uhr, ab Heidi-Kabel-Platz

Den bundesweiten Aufruf zum DGB-Aktionstag gibt es [hier](#).

Wir fordern:

- eine Rente, die die Lebensleistung der Menschen anerkennt!
- die Abschaffung von sachgrundlosen Befristungen und faire Aussichten mit Sicherheit für alle!
- dass die tägliche Höchstarbeitszeit erhalten bleibt. Deshalb Finger weg vom 8-Stunden-Tag!
- dass Arbeitgeber und Regierung uns vertrauen: Wenn wir sagen, wir sind krank, sind wir krank! Wir wollen keine Krankschreibung ab dem ersten Tag!

Wir wollen

- eine gute Versorgung und stabile Krankenversicherungen statt einfallstloser Kürzungen, miesen Arbeitsbedingungen und einseitiger Belastung der Versicherten!
- dass die Pflegeversicherung neu aufgestellt wird: Sicher, solidarisch, zukunftsfest!
- dass die geplanten Kürzungen beim Wohngeld nicht in Kraft treten. Wohnen ist ein Grundrecht!
- dass in der Kinder-, Jugend- und Eingliederungshilfe die Schwächsten am stärksten geschützt sind!
- gute Arbeit im öffentlichen Dienst und gute Angebote für alle Bürger*innen

Wir stehen zusammen – gegen Sozialabbau, gegen Spaltung und gegen Angriffe auf Beschäftigte.

Wir stehen zusammen für einen starken Sozialstaat, für gute Arbeit, für Demokratie, für eine offene Gesellschaft und für eine gerechte Zukunft für alle.



Nur zwei der verschiedenen DGB-Plakate (alle auf der Website des DGB-Nord)

Und danach Protest gegen »Red Storm Charlie«

Kaum ist die eine Kundgebung an diesem **Samstag, den 26. September**, auf dem Rathausmarkt beendet, geht es wenige hundert Meter entfernt weiter mit dem Auftakt zu einer Demonstration gegen das Kriegsmanöver »Red Storm Charlie«.

Bereits zum zweiten Mal im kurzen Abstand probt die Bundeswehr vom 24. bis 26. September innerstädtisch die Verlegung von Truppen und Material an die Ostflanke des NATO-Gebiets und die Auswirkungen auf die militärische Drehscheibe Hamburg und den zivilen Alltag. »Hamburg übt den Ernstfall«, wie die Bundeswehr das betitelt, oder etwas prosaischer, Deutschland macht sich kriegstüchtig, wie Minister Pistorius (SPD) das seit geraumer Zeit einfordert. Die Demonstration des Antikriegs-Bündnisses startet an diesem 26. September um 14.00 Uhr auf dem Jungfernstieg.



Demoplakate für den 26. September auf der Website

Mietendeckel: Mieten bis zu 2.000 Euro im Jahr runter

Von Kolja Rosemann, wissenschaftlicher Referent bei Heike Sudmann

Der Wohnungs- und Mietenmarkt ist eine Belastung für alle Hamburger*innen. Bisher weigern sich Bundesregierung und Hamburger Senat, effektive Maßnahmen zu ergreifen. Mit einem aktuellen Gutachten beweist die Linksfraktion im Bundestag, dass ein Mietendeckel verfassungsgemäß ist und die Miete deutlich senken könnte.

Der Mietendeckel

Mit drei verschiedenen Mechanismen würde ein solcher Mietendeckel viele Menschen in unserer Stadt entlasten: Begrenzung der Mieterhöhungen, Deckelung bei Neuvermietungen und Senkung überhöhter Mieten. Als Mietobergrenze würde die »echte Vergleichsmiete« aus allen Bestandsmieten, auch für Sozialwohnungen, ermittelt und festgelegt. Bis der Mietendeckel dauerhaft beschlossen wäre, würde zuvor ein Mietstopp eingeführt, der Mieterhöhungen in laufenden Mietverhältnissen ausschliesse und eine Erhöhung der Miete bei Neuvermietungen auf das Niveau der ortsüblichen Vergleichsmiete nach Mietenspiegel begrenzen würde.



Geht doch, liebe Hamburger SPD – Plakat aus Berlin (Foto: H. Sudmann)

Mieten deckel

erklärt von Katzen :3



Und wer's noch nicht ganz verstanden hat, guckt hier

Begrenzung der Mieterhöhungen: Die Miete darf derzeit auf die ortsübliche Vergleichsmiete erhöht werden, wobei die Mieterhöhung innerhalb von drei Jahren nicht mehr als 15% betragen darf. Durch den Mietendeckel dürften die Mieten in Hamburg nicht mehr erhöht werden. Eine Ausnahme würde nur für Härtefälle gelten, dann dürfte eine Erhöhung entsprechend der Inflation aber höchstens von 2% auf das Niveau der Durchschnittsmiete pro Jahr erfolgen.

Deckelung von Wiedervermietungsmieten (Neuvermietungen): Bei Neuvermietungen dürften die Mieten bis maximal zur Durchschnittsmiete erhöht werden.

Senkung überhöhter Mieten: Mieten über der Durchschnittsmiete würden auf die Höhe der Durchschnittsmiete gesenkt.

Was brächte der Deckel für Hamburg?

Mit dem Stopp der Mieterhöhungen hätte die Preisspirale ein Ende. Für eine mittelgroße Wohnung (67,6 m²) in Hamburg wären jährlich Entlastungen von 243,02 Euro zu erwarten.

Gerade bei Neuvermietungen dürften alle Hamburger*innen aufhorchen. Wer auf der Suche nach einer neuen Wohnung ist, wundert sich über die Preise pro Quadratmeter, die durchschnittlich 63% über den Preisen bei bestehenden Mietverhältnissen liegen. Mit dem Mietendeckel könnten unsere

Nachbar*innen bei einem Umzug durchschnittlich 5,14 Euro/qm einsparen, was im Mittel eine Entlastung je Wohnung von 4.168,21 Euro pro Jahr bedeuten würde.

In Hamburg würden überhöhte Mieten durchschnittlich um 2,40 Euro/qm gesenkt. Für eine mittlere Wohnung, die überteuert gemietet wird, würde sich die Miete im Jahr um durchschnittlich 1.948,80 Euro reduzieren.

Ist der Mietendeckel verfassungskonform?

Ja, der Mietendeckel ist verfassungskonform. Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass der Mietendeckel durch den Bundestag eingeführt werden darf. Der Versuch in Berlin wurde damals einkassiert, weil ein einzelnes Bundesland über die Miethöhe keine Regelung vorgeben darf.

Was ist mit Neubau?

Für Neubauwohnungen gelten Ausnahmen: Innerhalb von fünf Jahren nach Fertigstellung eines Neubaus würde der Mietendeckel nicht zutreffen. Danach gäbe es eine abge-

schwächte Übergangsregelung für die nächsten fünf Jahre, ehe die Mieten zehn Jahre nach Fertigstellung auch unter den Regelungsbereich der Mietpreisbremse fielen. Für Härtefälle unter Vermieter*innen gäbe es Ausnahmeregelungen in Form einer Mietanpassung in Höhe des Inflationsausgleichs von höchstens 2 % pro Jahr.

Ein Segen für alle Hamburger*innen und die Wirtschaft

Alleine in Hamburg könnten Entlastungen bei den Mieter*innen von über 740 Millionen Euro erreicht werden. Den größten Posten bei den Entlastungen würde dabei die Absenkung überhöhter Mieten ausmachen, damit hätten alle Betroffenen zusammen 458 Millionen Euro mehr in der Tasche: Geld für Lebensmittel, einen Abend auf dem Kiez oder Geschenke für die Enkel*innen.

Wir wollen die Lebensqualität zurück in unserer Stadt haben und nicht Vermieter*innen den dritten Porsche finanzieren!

Neu angekommen

Von Kolja Rosemann

Liebe Leser*innen, ich freue mich, an Bord des »Bürger*innenbriefes« zu sein. Im August habe ich als Heikes Mitarbeiter angefangen und kann meine jahrelange Arbeit in der Mietenpolitik auf einer neuen Ebene weiterführen. Als Rechtsanwalt beim Mieterverein »Mieter helfen Mietern e.V.« habe ich in den letzten vier Jahren erlebt, wie hart unsere Nachbar*innen von Mieterhöhungen, Kündigungen oder Nachzahlungsforderungen getroffen wurden. Ich habe gelernt, wie unzureichend die Rechte von uns Mieter*innen geschützt sind. Und selbst diejenigen, die im Recht sind, können es nicht immer gegen die Macht der Vermietenden durchsetzen. Viel zu oft erleben wir vorgeschobene Eigenbedarfskündigungen, nachdem Mieter*innen sich gegen eine rechtswidrige Mieterhöhung gewehrt haben. Vor den Gerichten wird leider häufig das Recht auf Eigentum stärker gewertet als das Bedürfnis nach angemessenem Wohnraum. Diese Ungerechtigkeit durchzieht unsere Gesellschaft.

Es fängt bei den ungleichen Chancen in der Schule an. Als ich in der Schanze aufgewachsen bin, war es noch ein Viertel, auf welches herabgeschaut wurde. Spätestens auf der Mittelschule, ich war auf der heutigen Stadtteilschule Ida Ehre, wurde deutlich, wie groß die Unterschiede zu den Gymnasien schon innerhalb von Eimsbüttel waren. Schaut mensch über die Stadtteilgrenzen hinaus und vergleicht die teuren Stadtteile mit den vermeintlichen Problemvierteln, dann wird die Ungerechtigkeit erst recht deutlich. Unter meinen Klassenkamerad*innen habe ich aber immer große Bereitschaft gesehen, ihre Träume zu verwirklichen und sich davon nicht abbringen zu lassen. Viele habe ich in der Uni in unterschiedlichen Studiengängen wiedergetroffen. Meistens bis in die Abendstunden,



Kolja Rosemann, der neue wissenschaftliche Referent an der Seite von Heike Sudmann (Foto: Pressestelle der Linksfraktion)

um ihre Träume zu verwirklichen. Doch diese Vorstellungen werden immer wieder enttäuscht. Eine Familie zu gründen, vier Wände sein Eigen zu nennen oder frei von finanziellen Sorgen zu leben, scheint immer schwerer erreichbar zu sein.

Als Vater ist mir bekannt, wie schwierig es ist, überhaupt für eine Familie eine bezahlbare Wohnung zu finden. Während uns der Senat und die Bundesregierung immer wieder sagen, dass es alles nur halb so schlimm sei, brauchen wir noch nicht einmal den gesunden Menschenverstand, um zu verstehen, wie übel die Lage ist, wir müssen nur unseren Gefühlen vertrauen, wenn wir an die Wohnungssuche denken, um zu wissen, dass der Wohnungsmarkt radikal verändert werden muss. Ein »weiter so« kann es nicht geben, wenn wir eine lebenswerte Stadt haben wollen.

Umso wichtiger ist es, etwas zu machen. Wer heute ruhig bleibt, verzweifelt. Jeder Tag, an dem ich gemeinsam mit tollen Leuten an meiner Seite für ein besseres Hamburg kämpfe,

vertreibt die Unruhe und Ohnmacht in mir. Der tägliche Kampf mit meinen Genoss*innen gibt mir Kraft, um auf eine bessere Zukunft zu hoffen. Wir können vielleicht das Ergebnis nicht versprechen, aber wir können einen bedingungslosen Kampf für unsere Stadt garantieren. Auch zum Wohle unserer eigenen Gesundheit. Da gerade das Thema Wohnen 80 Prozent unserer Nachbar*innen betrifft, können wir hier am meisten bewegen. Ich will keine Investoren in meiner Stadt, die Menschen zu Anlageobjekten degradieren. Ich will bezahlbaren Wohnraum und lachende Menschen auf der Straße, frei von jeder Sorge über gierige Vermieter*innen.

Dafür lohnt es sich zu kämpfen und ich bin dankbar für die Chance, die wir alle haben. Nutzen wir sie!

Großprojektdesaster der Umweltbehörde – Aufarbeitung und Konsequenzen

Von Stephan Jersch

Großprojekte haben Potenzial – besonders dann, wenn sie schief gehen. Eine miserable Projektorganisation, gepaart mit einem Senat, der Schweigen für eine Tugend hält, sieht mensch nicht zum ersten Mal.

Die Klärschlammverbrennung Vera II, die 2024 wegen erheblicher Probleme Schlagzeilen machte, und nun das ZRE, dessen Kosten ausufern und dessen Fertigstellung sich um Jahre verschiebt, zeigen: Bei großen städtischen Infrastrukturvorhaben geht es um die Frage, wie Projekte geplant, gesteuert, beaufsichtigt und politisch kontrolliert werden.

Mit Hamburg Wasser und der Stadtreinigung stehen zwei große städtischen Unternehmen im Fokus.

Die aktuelle Diskussion um das »Zentrum für Ressourcen und Energie« (ZRE) findet in nicht-öffentlichen Sitzungen des Umweltausschusses statt. Damit bleibt ein wesentlicher Teil der parlamentarischen Aufarbeitung der öffentlichen Wahrnehmung verborgen. Nicht zuletzt auch, weil bei den nicht-öffentlichen Sitzungen Verschwiegenheit vereinbart ist. Das heißt, über die Sitzung wird auch kein Protokoll erstellt. Gerade bei einem Projekt dieser Größenordnung ist das problematisch. Transparenz ist schließlich keine Nebensache, sondern eine Voraussetzung dafür, dass Parlament und Öffentlichkeit die Entwicklung bei Projekten nachvollziehen und bewerten können. Senatorin Fegebank berichtet das, was zuvor vom Aufsichtsrat »freigegeben« wurde. Dementsprechend dürftig ist die Kenntnislage. Die am 1. Juli von der Bürgerschaft beschlossene Akteneinsicht hat mehr als zehn Wochen auf sich warten lassen. Mensch könnte inzwischen fast den Eindruck bekommen, der Toner für das Schwärzen der Akten sei knapp geworden.

Öffentliche Unternehmen sind ein zentraler Teil der Planungssouveränität der öffentlichen Hand, besonders wenn sie in der Daseinsvorsorge tätig sind. Gerade jetzt, wo die Aufgaben der Energiewende anstehen, wird deutlich, wie wichtig es ist, das Heft bei Planung und Realisierung in der

Hand zu halten. Umso wichtiger ist, wenn etwas schief geht, Transparenz walten zu lassen – und zwar schnell. Auch, um die betroffenen Unternehmen und ihre Belegschaft zu schützen. Beim ZRE fielen Unstimmigkeiten im Dezember 2025 auf. Neun Monate später sind die Akten immer noch nicht zugänglich und die Aufarbeitung findet im kleinsten Kreis statt. Aus diesem werden ausgewählte Informationskrümel an das Parlament und den Umweltausschuss weitergegeben.

Für uns steht fest, dass es ohne die Einsicht in die Akten und den Blick auf die sicherlich in Teilen geschwärzte Faktenlage nicht angemessen ist, vorschnell individuelle Verantwortlichkeiten zu benennen und mit Schrot zu schießen, so wie es von der CDU praktiziert wird. Gerade, weil es um erhebliche öffentliche Mittel, städtische Unternehmen und die dort Beschäftigten geht, muss die Aufarbeitung sauber und



Puzzle auf der Großbaustelle: Zwei Kräne heben das letzte Anlagenteil in die Großbaustelle ein (Foto: Perspektive Media /Hamburg Wasser)

nachvollziehbar erfolgen. Der Flurschaden, der durch vorschnelle Schuldzuweisung angerichtet werden kann, wäre durch nichts wieder gutzumachen.

Tatsächlich müssen auf Basis der Akten viele Fragen geklärt werden. Eine davon ist besonders naheliegend: Wie konnte angesichts des tatsächlichen Bau- und Realisierungsstands noch von einer ersten Inbetriebnahme im Jahr 2026 ausgegangen werden? Wann war erkennbar, dass dieser Zeitplan nicht mehr realistisch war? Welche Fragen wurden im Aufsichtsrat zum Realisierungsstand gestellt und seit wann hätte dem Projektreporting entnommen werden können, dass etwas aus dem Ruder lief? Welches Verständnis hat der Aufsichtsrat von seiner »Aufsichtsarbeit«? Fragt er aktiv und kritisch nach oder verlässt er sich darauf, dass ihm Probleme auf dem »Silbertablett« präsentiert werden? Gibt es strukturelle Parallelen in der Projektorganisation wie bei Vera II? Waren Verantwortlichkeiten und Controlling klar genug definiert? Und letztendlich auch die Frage nach der Haftung und weiteren Konsequenzen für zukünftige Projektorganisationen. Diskutiert werden sollte auch die Frage nach der Zusammensetzung der Aufsichtsräte.

Die Erfahrungen geben Anlass zur Frage, ob die bestehende Struktur ausreichend Transparenz und Kontrolle er-

möglicht. Das Heraushalten des Parlaments führt scheinbar eher zu Intransparenz und Wagenburgmentalität. Der Ausschuss für öffentliche Unternehmen mit seinen begrenzten Sitzungskapazitäten kann die laufende Kontrolle großer und komplexer Projekte nicht leisten. Es muss über bessere Informations- und Kontrollmöglichkeiten des Parlaments gesprochen werden. Die Aufarbeitung darf nicht erneut unter Geschäftsgeheimnissen begraben werden. Die Mehrkosten, die durch Fehler in den Unternehmen, bei den Projektleitungen und bei der Aufsicht entstanden sind, dürfen nicht über die Gebühren bei den Hamburger*innen refinanziert werden.

Und was auch immer Konservative aus den städtischen Projektdesastern ziehen wollen: Das Scheitern eines öffentlichen Projekts ist kein Beleg dafür, dass private Unternehmen es automatisch besser machen würden. Die Konsequenz aus den Problemen beim ZRE und Vera II kann deshalb nicht weniger öffentliche Verantwortung sein. Sie muss bessere öffentliche Steuerung sein! Hamburg braucht mehr öffentliche Betriebe, mehr Steuerungsmöglichkeit, mehr Möglichkeiten zur eigenen Gestaltung – nicht weniger. Mehr Gemeinwohl statt Markt.

Lust auf einen Besuch im Hamburger Rathaus? Stephan Jersch lädt ein!

Von Jens Schultz

Wie ist es, durch die Räume und Säle des Hamburger Rathauses zu gehen und der Bürgerschaft bei der Arbeit über die Schulter zu schauen? Genau dazu lädt Stephan Jersch wieder eine Besuchergruppe ein, und zwar am **Mittwoch, den 30. September, von 10.30 Uhr bis ca. 14.30 Uhr**, ins Rathaus Hamburg, Rathausmarkt 1. Und das erwartet Dich bzw. Sie:

- Eine **Rathausführung** durch viele Säle und die beeindruckende Architektur des Rathauses – ein echtes Highlight für alle, die sich für die Geschichte Hamburgs interessieren.
- Eine **Filmpräsentation** mit einem kurzweiligen Überblick über die Arbeit und Geschichte der Hamburgischen Bürgerschaft.
- Ein **Infogespräch mit Stephan Jersch** zu seiner parlamentarischen Arbeit, zu aktuellen politischen Themen oder einfach zum Alltag eines Abgeordneten.
- Ein **Besuch der Bürgerschaftssitzung** gleich zu Beginn gibt es die Möglichkeit, von der Besucher*innentribüne aus die meist lebendige Aktuelle Stunde mitzuerleben.

Interesse? Anmeldungen bitte unter Angabe des Namens, der E-Mail-Adresse und Telefonnummer per E-Mail an: jens.schultz@linksfraktion-hamburg.de. Es erfolgt nach Anmeldung eine Information mit weiteren Details. Die Anzahl der Plätze ist begrenzt, also bitte rechtzeitig anmelden.

Stephan Jersch freut sich, Dich bzw. Sie im Rathaus begrüßen zu können!



Sternbrücke: Monsterbrücke generiert grüne Hochhausideen

Von Heike Sudmann



Blick von der Max-Brauer-Allee Richtung Eimsbüttel (Fotos: Heike Sudmann)

Ende Juli wurde die neue Sternbrücke eingesetzt. In den Tagen und Wochen davor ging es fast nur noch um die technische Faszination. Wie wird der mehrere tausend Tonnen schwere Koloss bewegt? Wie viele »Füße« hat der »Transport-Tausendfüßler«? Bleiben die Wohnhäuser auf dem Transportweg heil angesichts der teilweise nur 30 Zentimeter Abstand zwischen Brücke und Wand? Nicht nur Hamburger*innen versuchten, vor Ort alles mitzukriegen. Liveberichterstattungen machten den Brückeneinbau zum riesigen Event.

Dem Event folgte jedoch schnell eine Katerstimmung. Die Kritiker*innen haben doch Recht gehabt mit der Bezeichnung »Monsterbrücke«, wie viele jetzt feststellen. Es gibt nur wenige Stimmen, die meinen, dass die Brücke ins Stadtbild passe. Doch was nicht passt, kann auch passend gemacht werden. Jedenfalls muss das der Gedanke von Verkehrssenator Anjes Tjarks gewesen sein. Im Hamburger Abendblatt vom 13.8.26 wird Tjarks zitiert: »Eigentlich sagt diese Brücke: Das Umfeld muss größer werden. Ich will nicht alle Häuser abreißen oder erhöhen, es gibt keinen entsprechenden Plan. Aber es wäre auch nicht verwerflich, an dieser Stelle ein Hochhaus zu errichten. Die Maßstäblichkeit kann sich verändern. Hamburg ist nicht zu dicht bebaut. Mehr Dichte hilft oft.«

Was für »kluge« Gedanken von Anjes Tjarks. Ist die Brücke viel zu hoch und bombastisch für das Umfeld, bau einfach das Umfeld größer und höher. Fällt die Brücke nicht mehr negativ auf, denkt auch keine*r mehr an die Verantwortung der mitregierenden GRÜNEN für dieses Monstrum. Die hochfliegenden Träume des Verkehrssenators erfreuen sicherlich Investor*innen, für die Anwohner*innen sind sie der Horror. Den Hochhausplan und Tjarks' Aussage, er habe eine viel größere Brücke geerbt, die sich nach einer Überarbeitung sehen las-

sen könne, kommentierte auch der frühere SPD-Chef Mathias Petersen und Kritiker der Sternbrücke im Abendblatt: »Als Anwohner der Sternbrücke bin ich entsetzt über die Aussagen des Verkehrssenators. Die Brücke, die er »geerbt« habe, sei noch größer gewesen. Mag sein, vielleicht ein paar Zentimeter. Aber dass es einen Alternativvorschlag gab, der viel kleiner war und Häuser, Clubs und Bäume erhalten hätte, verschweigt er.« Weiter heißt es im Abendblatt: »Wer im Bereich Stresemannstraße/Max-Brauer-Allee wohne, könne die Einschätzung, dass dieser Bereich nicht dicht genug bebaut sei, nur schwer nachvollziehen, so der SPD-Politiker – »diplomatisch ausgedrückt«. Man könne auch fragen: »Anjes, was hast du geraucht?«. Dem kann ich nichts mehr hinzufügen.



Monsterbrücke, Gigantomanie... Blick von der Stresemannstraße Richtung Innenstadt

U5: Jahrzehntlang warten oder schneller und günstiger Bahnanbindungen schaffen?

Von Heike Sudmann

Die U5 ist in ihrem ersten, kurzen Abschnitt zwischen Bramfeld und Stadtpark/Borgweg mittlerweile im Bau. Die Eröffnung dieses Abschnitts soll Anfang der 2030er erfolgen, mehrere Jahre später als ursprünglich für Steilshoop und Bramfeld angekündigt. Für die restlichen gut 20 Kilometer dieser U-Bahn-Linie laufen noch die Planungen, die rechtlich notwendigen Planfeststellungsverfahren sind noch nicht abgeschlossen oder noch gar nicht eröffnet. 2040 soll die U5 bis zu den Arenen fahren, wenige Jahre später bis nach Lurup/Osdorf. Angesichts der Klimakrise ist das viel zu spät, um den Autoverkehr als Haupt-CO₂-Belastung zu reduzieren. Deshalb hat die Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE eine Studie in Auftrag gegeben, die untersuchen soll, welche Alternativen es gibt.



Die Baustelle der U5 in der City Nord am 17. Februar
(Fotos: Heike Sudmann)

Die Mitte August veröffentlichte 60-seitige Studie zeigt, wie die U5 ab der Haltestelle Borgweg vorhandene Kapazitäten der U3 bis Berliner Tor und weiter mit der U2 bis Hagenbeck Tierpark nutzen kann und mit welchen Maßnahmen stark frequentierte, überlastete Busstrecken – anders als mit

der geplanten U5 – entlastet werden und mehr Stadtteile einen besseren ÖPNV bekommen können. Mit der wesentlich schneller und erheblich kostengünstiger zu realisierenden Alternative wird ein wichtiger Baustein für die Hamburger Mobilitätswende geliefert.

Vielleicht fragen sich manche Leser*innen, weshalb DIE LINKE nicht endlich aufgibt und ihren Frieden mit der geplanten neuen U-Bahn-Linie 5 durch Hamburg schließt? Ist es nicht gut, dass die U5 in den 2040er-Jahren auf rund 29 Kilometern von Bramfeld bis zum Osdorfer Born fahren soll, mit 24 Haltestellen und Kosten von knapp 20 Milliarden Euro? Die Antwort lautet unverändert »nein«. Denn was hier mit sehr viel Geld – und jahrelangen (Teil)Sperrungen von Hauptverkehrsstraßen für den Bau der einzelnen Haltestellen – realisiert werden soll, fährt im wahrsten Wortsinn an den Grundproblemen des Hamburger Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) vorbei. Viele Stadtteile erhalten weiterhin keine Schienenanbindung, notwendige Querverbindungen zwischen den U- und S-Bahn-Linien werden nicht geschaffen. Busse, häufig überfüllt und mangels eigener Busspuren verspätet, werden gerade auf den stark nachgefragten Linien kein verlockendes Angebot zum Umsteigen für Autofahrende bieten.

Die beiden Studienautoren – Dieter Doege, Nahverkehrsberater, und Jens Ode, Bankkaufmann und Nahverkehrsexperte – sagten auf der Pressekonferenz zur Vorstellung der Studie u.a.: »Wir haben uns genau angesehen, was ein Weiterbau der geplanten U5 ab Borgweg bringen könnte. Angesichts extrem hoher Kosten und jahrelang wärender, großer und den Stadtverkehr über die Maßen behindernder Baustellen ist es unserer Meinung nach unververtretbar, zwischen Borgweg und St. Georg praktisch in Sichtweite einer vorhandenen U-Bahnlinie die neue U5 weiter bauen zu wollen. Des Weiteren sind die beiden bereits bestens erschlossenen Haltestellen Hauptbahnhof und Stephansplatz als zusätzliche und vermutlich teuerste U5-Haltestellen überflüssig und der weitere geplante U5-Verlauf wäre noch nicht einmal in der Lage, Hamburgs am stärksten frequentierte Metrobuslinie M5 in sinnvoller Weise vollständig zu ersetzen. Deshalb haben wir vier Korridore entwickelt, die mit stark nachgefragten Verbindungen alle Ansprüche an die U5 erfüllen und erheblich mehr Fahrgäste gewinnen können. Zusätzlich zu den vier Korridoren nutzen wir ab Borgweg vorhandene Kapazitäten auf der U3 Richtung Berliner Tor und von dort weiter mit der U2 bis Hagenbecks Tierpark. So kann die U5 als U5neo ohne weitere Neubauten relativ schnell in Betrieb gehen.«

Das Verfasserpaar äußerte sich auch zu den Fahrgastzahlen, die im Laufe der Jahre von Hochbahn und Senat immer weiter in die Höhe geschraubt wurden. »Erstaunlich ist, welche wundersame Fahrgastvermehrung der Senat und die Hoch-

bahn für ihre U5 prognostizieren. Am Stephansplatz sollen es fast drei Mal so viele Fahrgäste sein, wie heute die U1 und die beiden Buslinien M4 und M5 nutzen. Auch an vielen anderen Haltestellen liegen die prognostizierten Zahlen ein Vielfaches über dem, was selbst mit dem sogenannten Schienenbonus realistisch erscheint. Die von uns ermittelten Fahrgastzahlen auf Grundlage der heutigen Nutzung zeigen, wie sehr Senat und Hochbahn die Zahlen schönen. Während der Senat auf der U5 insgesamt 24 Haltestellen schaffen will, kommen wir mit unserer Alternative auf insgesamt 91 Haltestellen. So können wir wesentlich mehr Hamburger*innen einen bequemen Wechsel vom Auto in den ÖPNV bieten. Und das nicht nur in deutlich kürzerer Zeit, sondern auch zu einem Bruchteil der U5-Kosten. «

Doege und Ode haben für die vier Korridore verglichen, wie Fahrzeiten und Kapazitäten bei einem Bus und wie bei einer Straßenbahn aussähen. Sie kommen zu dem wenig überraschenden Ergebnis, dass die Straßenbahn im Vergleich zum Bus erheblich besser abschneidet. Die jetzt vorgeschlagenen vier Straßenbahnlinien haben eine Gesamtlänge von knapp 44 Kilometern und bedienen 91 Haltestellen. 24 dieser Haltestellen sind gleichzeitig Umsteigepunkte zu vorhandenen U- und S-Bahn-Linien. Die Gesamtkosten würden sich auf 1,5 Milliarden Euro belaufen, Kostensteigerungen und Stadtverschönerungsmaßnahmen mit eingerechnet (siehe Seite 58 der Studie). Das ist nur ein Bruchteil der knapp 20 Milliarden Euro für die 29 Kilometer der U5. Es bleibt also genug Geld übrig, um nicht nur eine Alternative zur U5, sondern ein Straßenbahnnetz für ganz Hamburg zu schaffen. Sollte der Bund angesichts der angespannten Haushaltslage weniger Geld für den ÖPNV in Hamburg zur Verfügung stellen wollen und damit die U5 unrealisierbar machen, böte die Studie einen Aus-



Die U5-Baustelle in Steilshoop am 15. Mai

weg für sinnvolle und schnellere Maßnahmen. Auch für die Anwohner*innen und Geschäftstreibende an den Hauptverkehrsstraßen, die ganz oder teilweise für den Autoverkehr wegen der jahrelangen Bauzeiten für die U5-Haltestellen gesperrt werden müssen, ist die Straßenbahn eine viel günstigere Alternative.

Ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass der rot-grüne Senat sich endlich von seiner unterirdischen Verkehrspolitik verabschiedet. Der Tunnel für die U5 ist nicht die Lösung von Hamburgs Mobilitätsproblemen. Eine U5 in knapp zwanzig Jahren kommt einfach zu spät für die dringend notwendige Mobilitätswende weg vom Auto.

PS: Die taz berichtete ebenso wie das Abendblatt (Bezahl-schranke) ausführlich über die Studie.

Manege frei – aber bitte ohne Wildtiere im Zirkus!

Von Jens Schultz

Vom 17. September bis zum 11. Oktober gastiert erneut der »Circus Krone« auf dem Heiligengeistfeld und wirbt unter anderem mit der Präsentation von Löwen und Tigern. Für manche Menschen gehört der »Circus Krone« wie der Hamburger Dom zum Heiligengeistfeld. Für uns jedoch ist es hinsichtlich des Einsatzes von Wildtieren ein anachronistisches Ärgernis, das viel zu lange andauert.

Es gibt inzwischen einen breiten gesellschaftlichen Konsens, dass Wildtiere nicht in die Zirkusmanege gehören. Schon 2015, 2020 und 2025 hat sich Rot-Grün in seinen Koalitionsverträgen von Zirkusgastspielen mit Wildtieren distanziert. Passiert ist seitdem aber in Hamburg nichts. Die dazugehörigen Bundesratsinitiativen sind immer wieder gescheitert, zuletzt 2021 und selbst der damalige Verordnungsentwurf ging vielen Tierschützer*innen nicht annähernd weit genug. Dabei hatte der Bundesrat schon 2003, 2011 und 2016 mit

klaren Mehrheiten ein Wildtierverbot im Zirkus gefordert – dreimal ohne Ergebnis. Deutschland gehört damit europaweit zu den Schlusslichtern beim Tierschutz in dieser Frage: 30 europäische Länder haben Wildtierdarbietungen im Zirkus längst verboten oder deutlich eingeschränkt.

Dass es auch anders geht, zeigt der »Circus Roncalli« seit Jahren eindrucksvoll. Er verzichtet bewusst auf Wildtiere und begeistert sein Publikum stattdessen mit Artistik, Illusionen und Hologrammen, künstlerisch wie wirtschaftlich mit großem Erfolg. Die Faszination der Manege braucht offensichtlich keine Löwen im Käfig.

Wir müssen auch gar nicht auf eine Entscheidung der Bundesebene warten. Über 100 deutsche Städte und Kommunen, darunter Köln, München, Düsseldorf, Stuttgart und Leipzig, haben längst eigene Regelungen geschaffen und untersagen Zirkusgastspiele mit Wildtieren zumindest auf ihren öffentlichen



Markenzeichen des »Circus Krone« seit Jahrzehnten (Foto: Jens Schultz)

Flächen. Sie berufen sich dabei ganz einfach auf ihr Recht, die Nutzung ihrer eigenen Grundstücke zu regeln und begründen das mit Tierschutz- und Gefahrenabwehrerwägungen. Was dort möglich ist, muss auch in Hamburg möglich sein!

Deshalb werden wir als Fraktion DIE LINKE am 30. September in der Hamburgischen Bürgerschaft einen Antrag stellen. Wir fordern den Senat auf, klar zu definieren, welche Arten als Wildtiere gelten – orientiert an den Vorgaben anderer Kommunen, dem Bundesrat und dem Bundesministerium

für Ernährung und Landwirtschaft. Auf dieser Grundlage soll Hamburg Zirkusgastspiele mit Wildtierpräsentationen auf allen städtischen Flächen untersagen, von den Bezirksflächen über das Heiligengeistfeld bis zu Grundstücken landeseigener Betriebe. Entsprechende Ausschlussklauseln sollen künftig fester Bestandteil von Nutzungs-, Pacht- und Gestattungsverträgen werden, ergänzt um eine Vertragsstrafe bei Verstößen, wie sie auch andere Kommunen kennen. Bereits zugesagte Gastspiele sollen über eine faire Übergangsregelung abgewickelt werden, damit die Stadt keinem Regressrisiko ausgesetzt ist. Private Grundstückseigentümer*innen sollen über die Neuregelung informiert und für eine freiwillige Selbstverpflichtung gewonnen werden.

Um es klarzustellen: Es geht uns nicht darum, dem Zirkus als Kunstform oder Attraktion etwas wegzunehmen. Im Gegenteil: Wir wollen, dass sich Hamburg an den Städten orientiert, die längst gezeigt haben, wie zeitgemäßer Zirkus ohne Wildtiere aussehen kann. Löwen gehören in die Savanne und nicht auf Anhänger, die von Stadt zu Stadt tingeln. Es wird Zeit, dass Hamburg diesen anachronistischen Zustand beendet und nicht länger auf eine Bundesratsinitiative setzt, die seit über 20 Jahren auf sich warten lässt.

Mein Rückblick nach 16 Monaten: Ist DIE LINKE immer nur dagegen?

Von Luzian Massarrat

Der Autor des nachfolgenden Beitrags war seit dem 1. April 2025 wissenschaftlicher Mitarbeiter von Heike Sudmann. Die Zusammenarbeit endete wie geplant am 31. Juli 2026. Hier Luzians Bilanz aus sechzehnmonatiger Tätigkeit.

Einer der häufigsten Vorwürfe gegen DIE LINKE lautet: Ihr seid doch immer nur dagegen. Meine Erfahrung aus anderthalb Jahren als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Fraktion zeigt etwas anderes.

Erst mal ist es tatsächlich unsere Aufgabe, Kritik zu äußern: In Artikel 24 der Hamburgischen Verfassung steht: »[Die Opposition] hat die ständige Aufgabe, die Kritik am Regierungsprogramm im Grundsatz und im Einzelfall öffentlich zu vertreten.« Diese Aufgabe nehmen wir mit großer Leidenschaft wahr: Durch parlamentarische Anfragen, intensives und kritisches Auseinandersetzen mit den Plänen der Regierung und Kontakt mit der Zivilgesellschaft decken wir immer wieder schlechte Politik auf, kontrollieren den Senat und ziehen ihn ab und an sogar etwas nach links.

Doch neben der Kritik entwickelt DIE LINKE auch eigene Ideen und Konzepte, macht Vorschläge und zeigt auf, wie schön, bezahlbar und gerecht unsere Stadt sein könnte! Straßenbahn, Mietenstopp bei der SAGA oder Eine Schule für Alle sind einige dieser großen Konzepte, die die Fraktion entwickelt hat und die Hamburg so viel besser machen könnten – neben einer Vielzahl an kleineren, progressiven Ideen. Leider erhalten diese Vorschläge viel weniger Aufmerksamkeit als die Ideen der Regierung und unsere Kritik daran. Gut mög-

lich also, dass der Eindruck, die Opposition sei nur dagegen, daher kommt, dass über unsere eigenen Initiativen seltener berichtet wird.

Ob die Opposition tatsächlich »immer nur dagegen« ist, lässt sich anhand von klaren Zahlen betrachten: Ihre Ideen für Hamburg können der Senat sowie alle Fraktionen – ob Regierung oder Opposition – mit Anträgen in die Bürgerschaft einbringen. In dieser Wahlperiode wurden 711 Anträge und Gesetzentwürfe gestellt, von denen bis jetzt 646 abschließend abgestimmt wurden. Dabei zeigt sich, dass die Regierungsfractionen knapp 70 Prozent aller Anträge ablehnten – nämlich so gut wie alle, die sie nicht selbst gestellt hatten. Die Oppositionsfractionen stimmten deutlich öfter für Anträge – für die eigenen und auch für die Anträge anderer Fraktionen: AfD und CDU stimmten je in 58 % der Fälle mit Ja, DIE LINKE in 48%.¹ Es stimmt also nicht, dass die Opposition immer nur dagegen ist – im Gegenteil, die Regierungsfractionen lehnen deutlich mehr Anträge ab.

Daran zeigt sich auch ein Problem unserer parlamentarischen Kultur in Deutschland: Während die Oppositionsfrak-

¹ Aufgrund der »Brandmauer« haben die demokratischen Fraktionen alle 124 Anträge der AfD abgelehnt. Die CDU stellt die meisten eigenen Anträge. Dadurch erklärt sich der Unterschied zwischen den Oppositionsfractionen.



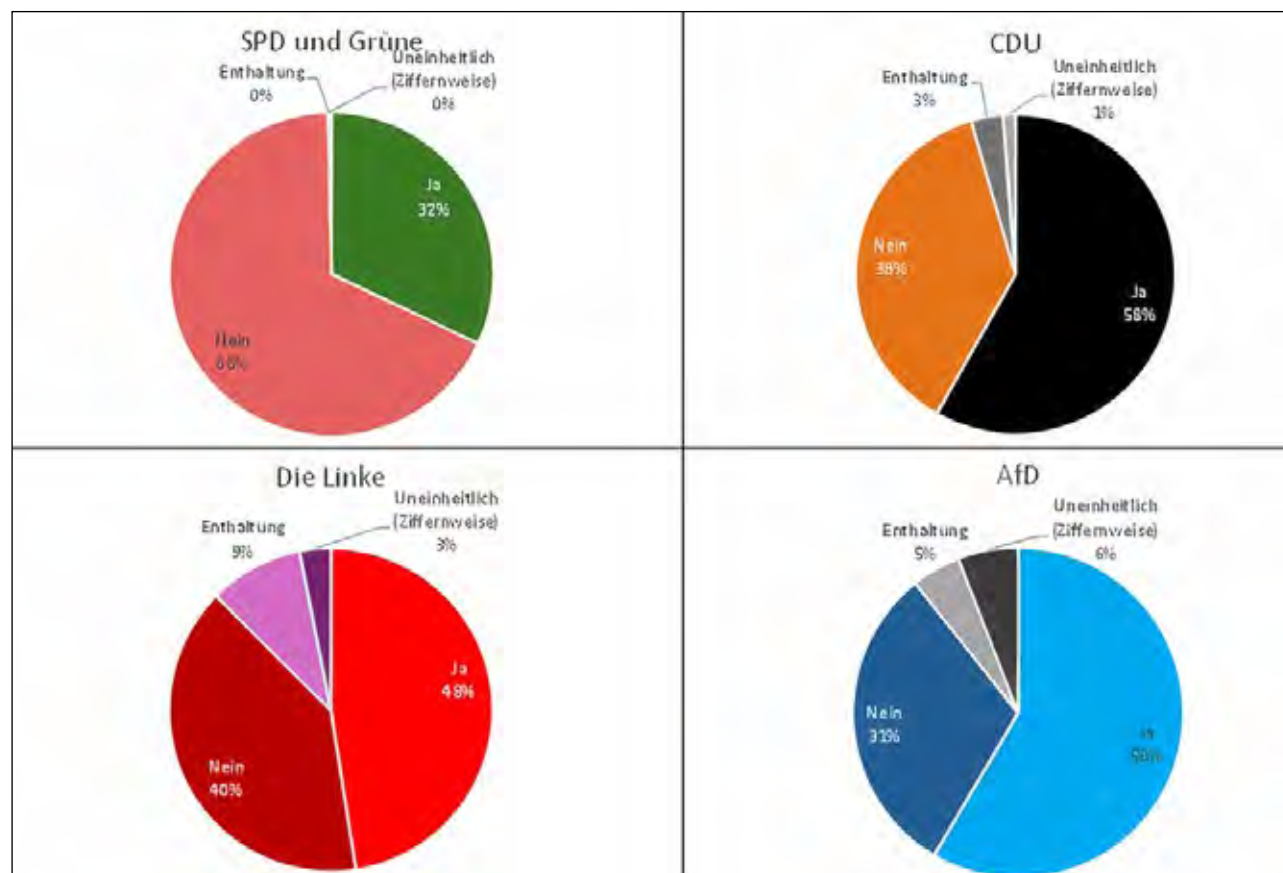
Persönliche Maxime des Verfassers? (Foto: Luzian Massarrat)

tionen ihre Zustimmung von Sachfragen abhängig machen,² stimmen Regierungsfractionen grundsätzlich nur ihren eigenen Anträgen zu. Die Logik dahinter: Würde man für einen Antrag der Opposition votieren, gäbe man ja zu, dass diese mit ihrer Kritik Recht hat, man doch nicht ganz unfehlbar ist und auch andere Parteien manchmal gute Ideen haben. Formal ist der deutsche Parlamentarismus so aufgebaut, dass die Zusammenarbeit der Fraktionen sehr kollegial sein und anhand von Sachfragen flexible Mehrheiten gesucht werden könnten. Die politische Kultur – festgehalten in den Koalitionsverträgen – verhindert so etwas leider. Ich halte das für eine verpasste Chance.

Auch wenn unsere Anträge also bei den Abstimmungen keine Mehrheiten finden, habe ich in meiner Zeit in der Fraktion gesehen, wie wichtig es ist, mit der LIN KEN eine progressive, laute Gegenstimme und visionäre Kraft im Parlament zu haben. Es ist für mich beeindruckend, wie viel wir aus der Opposition heraus erreichen können! Deshalb wünsche ich unseren Abgeordneten und meinen Kolleg*innen weiterhin viel, viel Erfolg bei ihrer wichtigen Arbeit und bedanke mich für die schöne gemeinsame Zeit.

² Ausgenommen Anträge der AfD, zu der die Brandmauer besteht.

Abstimmungsverhalten der Fraktionen in der Hamburgischen Bürgerschaft



Eigene Grafik des Autors basierend auf den Anträgen und Gesetzentwürfen der 23. Wahlperiode bis zum 7. Juli 2026. Eigene Berechnungen.

SPD und Grüne (Regierung) stimmten immer gemeinsam ab und werden deshalb gemeinsam abgebildet.

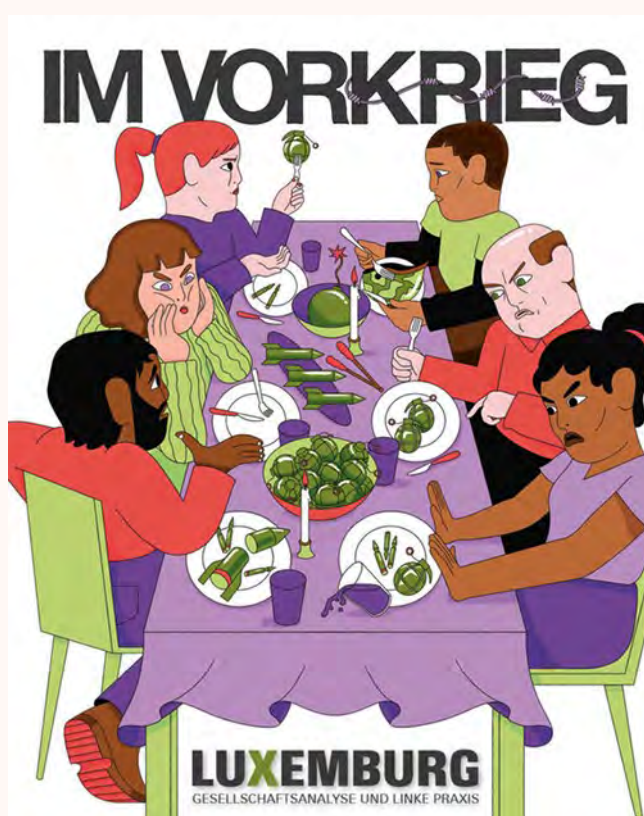
Ziffernweise Abstimmung: Eine Fraktion gibt für Teilaspekte eines Antrags unterschiedliche Voten ab.

Tipps und Termine

»Klima ist **graduell ein Nebenthema**«, bekräftigte der **AfD-Vorsitzende** und -Bundessprecher **Tino Chrupalla** einmal mehr im ARD-Sommerinterview am 23. August, damit versuche man nur »von den wirklichen Problemen abzulenken«. Wovon redet dieser Mann? Bereits bis Ende August meldete das Robert-Koch-Institut rund 15.800 Hitzetote, »weit mehr als in den bisherigen Rekordjahren 2018 und 2019«. Laut Klimawandeldienst des EU-Programms »Copernicus« mit Sitz in Bonn seien die Monate Juni und Juli in Westeuropa mit durchschnittlich 21,6 Grad so heiß ausgefallen wie niemals zuvor. Auch die Oberflächentemperatur der Weltmeere mit 20,96 Grad die höchste jemals im Juli gemessene. Und laut eines Anfang des Jahres veröffentlichten Rankings der größten Problemfelder wurden Extremwetterereignisse als das größte Risiko der globalen Wirtschaft eingeschätzt. Und die UNO meldete Anfang September erneut, dass das Ziel des Pariser Klimaabkommens, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, nicht zu halten sei; vielmehr steuere der Globus in den kommenden Jahrzehnten auf 2,6 Grad durchschnittlicher Erderwärmung hin. Da passt doch ganz wunderbar ins Bild, dass der Senat etwa 100 Schulen das Geld für Nachhaltigkeitsprojekte gestrichen hat. Da ist es nur konsequent, dass **Umweltsenatorin Katharina Fegebank** (GRÜNE) feststellte, dass »Hamburgs Klimaziele Stand jetzt nicht erreichbar (sind)«. Aber laut AfD-Chef sei das alles ja sowieso nur ein Nebenthema...

Die neueste Nummer der Zeitschrift **LUXEMBURG. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis** widmet sich buchstäblich verschiedenen Aspekten und Etappen der **Vorkriegsgesellschaft**. Das Theorieperiodikum der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) thematisiert u.a. solchen Themen wie den »neuen KI-Rüstungskomplex«, »Trump's Rohstoffkriege« und das »Geschlecht der Kriegstüchtigkeit«. 132 prall und anschaulich gefüllte Seiten, zu haben für lau, entweder als Analogmaterial zugeschickt oder digital im Netz.

Im »Bürger*innenbrief« ist immer mal wieder von Arm und Reich und der unverändert weiter aufgehenden Schere die Rede. Lassen wir die Einkommensanalysen mal außen vor und wenden uns einem anderen aktuellen Bericht zu, das »Bildungsarmutszeugnis«, das die **OECD** gerade der Bundesrepublik Deutschland ausgestellt hat. Bei der im vergangenen Jahr erstellten PISA-Studie wurden Jugendliche in **91 Ländern im Hinblick auf verschiedene Kompetenzen bewertet, darunter 6.700**



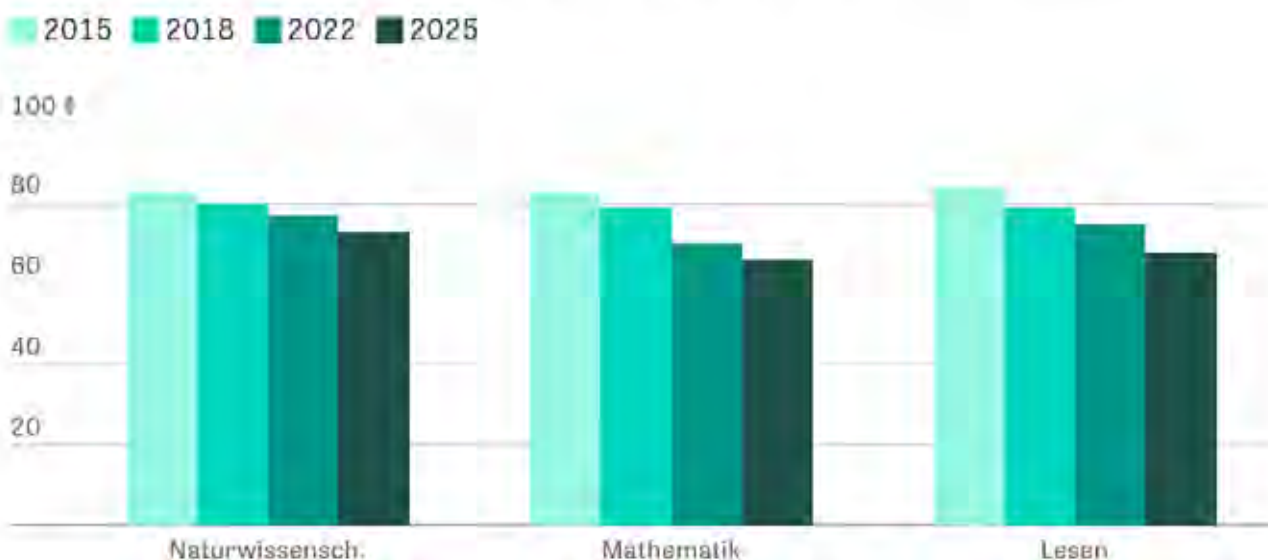
Die Titelseite der jüngsten LUXEMBURG-Ausgabe

Schüler*innen aus Deutschland. Beim Lesen und Rechnen ist es ungefähr ein Drittel, in den naturwissenschaftlichen Fächern etwa ein Viertel der Jugendlichen, »die nicht einmal grundlegende Anforderungen bewältigen können«, heißt es im »Neuen Deutschland«. Besonders bitter – und ein Schlag ins Gesicht der Bildungspolitiker*innen, die PISA-Studie 2025 zeigt, »**dass die schulische Leistung in fast keinem anderen Staat so eng an die soziale Herkunft gekoppelt ist wie in Deutschland**«, fasst »Die Zeit« die Auswertung zusammen.

Da hatte DIE LINKE mal wieder eine gute Idee, doch Senat und CDU lehnten sie in der Bürgerschaftssitzung Anfang September ab. Worum ging es? Angesichts eines wachsenden Büroleerstandes – er liegt zurzeit bei etwa einer Million Quadratmetern (= 7 Prozent), mehr als doppelt so viel wie um 2020 – hatte die Linksfraktion beantragt, ein **Büro-Leerstandskataster** anzulegen, um darüber eine Leerstands-Steuer zu erheben. Dies könne ein Anreiz sein, die Leerstände wieder einer schnelleren Nutzung zuzuführen. Im Gegensatz zur jetzigen Gesetzeslage, durch die Leerstände auch noch steuerlich absetzbar sind. Gute Idee, aber abgelehnt: die SPD, weil Büroumbau in Wohnraum nicht gehe, die CDU wegen eines angeblich drohenden »Bürokratiemonsters«.

Immer weniger über Mindestniveau

Zahl der 15-jährigen Schülerinnen und Schüler in Deutschland, welche die Minimalstandards (über Grundschulniveau) erreichen



»Leistungen deutscher Schüler fallen auf neuen Tiefstand«, Die Zeit, 8.9.2026

Deutscher Mieterbund

Das Mieterlexikon

Ausgabe 2026/2027

Vollständig
überarbeitete
Neuausgabe

DMB

Gleich zwei neue Publikationen erfreuen das Herz der Mietenkämpferin: Zum einen das jüngst vom Deutschen Mieterbund (DMB) herausgegebene Mieterlexikon, das auf sagenhaften 720 Seiten rund 3.000 Infos und Tipps zu allen möglichen Mieter*innenfragen gibt und 18,- Euro kostet. Zum anderen das von der Hamburger Verbraucherzentrale und dem DMB nunmehr in 5. Auflage, großformatig publizierte Mieter-Handbuch, 240 Seiten stark, für ebenso gut angelegte 20,- Euro.

Das Mieter-Handbuch

Mietvertrag, Nebenkosten,
Modernisierung, Mieterhöhung,
Mietminderung, Kündigung

ULRICH ROPERTZ

5.
Auflage

Am 26. August hat das renommierte **Pestel-Institut** seinen **Bau-Monitor 2026** veröffentlicht, eine Studie im Auftrag des Bundesverbandes Deutscher Baustoff-Fachhandel (BDB). Leider ist er im Netz nicht zu haben, wer ihn unbedingt benötigt, muss dafür schon 6.000 Euro hinlegen. Das Gutachten bewertet das **Wohnungsdefizit in Deutschland, das mittlerweile auf 1,35 Millionen Wohnungen angewachsen ist**. Eine gute, mehrseitige Zusammenfassung des Gutachtens liefert BAULINKS. Die Autor*innen des Gutachtens sprechen dabei deutlich von einer »fatalen Situation«. So erlebe Deutschland einen Zustand, den es so noch nie gegeben habe: »Es werden so viele Wohnungen gebraucht wie lange nicht. Und es werden so wenige Wohnungen gebaut wie lange nicht. Beides kommt zusammen: Das ist toxisch – das ist Marktversagen. Die Folge ist der Kollaps auf dem Wohnungsmarkt«, sagt Matthias Günther Studienleiter und Leiter des Pestel-Instituts.

Die **Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Wohnungslosenhilfe e.V.** hat vor Kurzem ihren neuen, 32 Seiten umfassenden Statistikbericht »Zu Lebenslagen wohnungsloser und von Wohnungslosigkeit bedrohter Menschen in Deutschland«, den sogenannten Lebenslagenbericht, veröffentlicht. Vorgelegt wurde er von Sarah Lotties, die die inzwischen vorliegenden Daten aus dem Jahre 2024

ausgewertet hat. Die Studie gibt umfassend und detailliert Auskunft über die Lebenslage, ihre gesundheitliche Situation, die Anlässe bzw. Motive für die Wohnungslosigkeit. Eine der vielen aussagekräftigen Tabellen in der Studie (hier S. 10): siehe die unten stehende Tabelle 5.

»Es war eine kleine Sensation: Bei der Bürgerschaftswahl im September 2001 erhielt die neu gegründete Partei Rechtsstaatlicher Offensive aus dem Stand 19,4 Prozent der Stimmen«, so leitet die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) die Ankündigung einer Veranstaltung **Donnerstag, den 17. September**, um 18.30 Uhr im Centro Sociale (Sternstraße 2) ein. Titel: **Als »Richter Gnadenlos« die Hamburger Innenpolitik bestimmte. 25 Jahre Schwarz-Schill-Senat**. Zugeschnitten war diese Partei »vollkommen auf ihren Gründer und Spitzenkandidaten Ronald Barnabas Schill. Die Boulevardpresse hatte den Juristen wegen seiner harten Urteile als »Richter Gnadenlos« bezeichnet. Nun wurde er Zweiter Bürgermeister und Innensenator in einer Koalitionsregierung mit der CDU ... und seiner harten Linie blieb er treu: Er hetzte gegen Migrant:innen, ließ Drogenabhängige und Obdachlose aus dem Hauptbahnhof vertreiben und den Bauwagenplatz »Bambule« räumen. Der Spuk währte nicht lange: Nach nur zwei, von zahlreichen Skandalen geprägten Jahren entließ Bürgermeister Ole von Beust

Tabelle 5: Auslöser des drohenden oder letzten Wohnungsverlustes nach Geschlecht, alle Klient*innen (2016, 2020, 2024)

	2016			2020			2024		
	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt
Miet- bzw. Energieschulden	16,6%	18,1%	17,0%	17,5%	18,6%	17,8%	18,7%	19,0%	18,8%
Konflikte im Wohnumfeld	14,4%	12,9%	14,0%	16,8%	16,0%	16,6%	17,2%	18,5%	17,6%
Ortswechsel	23,1%	18,5%	21,8%	16,3%	13,6%	15,6%	16,7%	15,5%	16,4%
Trennung/Scheidung	15,2%	17,2%	15,8%	15,7%	16,3%	15,9%	15,4%	14,9%	15,2%
Haftantritt	8,1%	4,2%	7,1%	8,8%	2,9%	7,2%	7,8%	2,3%	6,2%
Auszug aus der elterlichen Wohnung	7,8%	10,9%	8,7%	7,7%	8,5%	7,9%	5,8%	6,6%	6,0%
Arbeitsplatzverlust/-wechsel	5,5%	3,2%	4,8%	6,1%	3,3%	5,4%	6,0%	2,9%	5,1%
Veränderung der Haushaltsstruktur	–	–	–	3,9%	6,3%	4,6%	3,6%	5,1%	4,0%
Krankheit	–	–	–	2,4%	2,4%	2,4%	4,0%	2,8%	3,6%
Gewalt durch Partner*in	1,0%	7,0%	2,6%	0,5%	7,3%	2,4%	0,4%	7,1%	2,3%
höhere Gewalt	1,8%	1,5%	1,7%	1,1%	1,1%	1,1%	1,4%	1,6%	1,5%
Gewalt durch Dritte	3,0%	2,6%	2,9%	1,0%	1,8%	1,2%	0,9%	1,9%	1,2%
Krankenhausaufenthalt	2,3%	1,5%	2,0%	1,4%	1,1%	1,3%	1,1%	0,9%	1,1%
institutionelle Nichthilfe	–	–	–	0,8%	0,7%	0,8%	1,0%	1,0%	1,0%
Tod von Familienang.	1,2%	1,4%	1,2%	–	–	–	–	–	–
Haushaltszuwachs	0,2%	1,0%	0,4%	–	–	–	–	–	–
Gesamt%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%

seinen Innensenator, kurze Zeit später wurde Schill sogar aus seiner eigenen Partei ausgeschlossen. Er wanderte nach Südamerika aus und wirkte fortan in zahlreichen Reality-TV-Formaten mit.« Auf der Veranstaltung soll darüber diskutiert werden, wie das Phänomen Schill vor 25 Jahren möglich war und welche Auswirkungen es bis heute auf die Hamburgische Politik hat. Inwiefern lieferte er eine Blaupause für den Aufstieg des gegenwärtigen Rechtspopulismus? Auf dem Podium: der langjährige Geschäftsführer der Hamburger RLS und Heike Sudmann, die bei der Wahl 2001 noch Spitzenkandidatin für Regenbogen – Für eine neue Linke war. Die Moderation obliegt dem Journalisten Sebastian Friedrich.



Anti-Schill Demonstration am 10. Juli 2001 in Hamburg
(Foto Archiv Kollektiv)

Um Expertengespräche zu Klima und Umwelt geht es in einer für alle Interessierten offenen Veranstaltungsreihe der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sowie des Landesinstituts für Qualifizierung und Qualitätsentwicklung in Schulen (LI). Das nächste Mal, am **Montag, den 5. Oktober**, geht es um die brennende Frage **Wie kann Klimaneutralität in Deutschland erreicht werden? Trotz aller Widerstände**. Zu Gast: der Soziologe Prof. Sighard Neckel von der Universität Hamburg und Dr. Ernst Schriefl aus Wien. Die darauffolgende Veranstaltung am **Dienstag, den 13. Oktober**, trägt den Titel **Die unterschätzte Gefahr: Mikroplastik**, Gesprächspartner sind Dr. Moritz Jäger-Roschko von Greenpeace und Prof. Hans-Josef Endres vom Institut für Kunststoff- und Kreislauftechnik an der Universität aus Hannover. Beide Veranstaltungen finden im Haus der GEW statt (Rothenbaumchaussee 15, Rückgebäude). Anmeldung online möglich.

Auch wenn wir schon in der Juli-Ausgabe darauf hingewiesen haben, hier noch mal die Einladung der Linksfraktion zu einer Lesung samt Diskussion am **Freitag, den 18. September, um 18.00 Uhr, im Kaisersaal des Rathauses**. Zu Gast an diesem Abend: İlhami Akter, der aus seinem **Fahrtenbuch. Berichte eines Hamburger Taxifahrers** liest und anschließend mit den Teilnehmer*innen diskutiert. **İlhami Akter**, Jahrgang 1972, kommt aus einer kurdischen Familie aus dem Dorf Zelxidêr bei Karakoçan. 1989 flüchtete er nach Deutschland, kämpfte lange Zeit um seinen Asylantrag, bis er schließlich 2009 die deutsche Staatsbürgerschaft erwarb. Ein Vierteljahrhundert Erlebnisse als Taxifahrer verarbeitet er nun in seinem zweiten Buch, in 62 menschlichen, urigen, tiefgründigen Kurzgeschichten. Der Schauspieler **Michael Weber** lässt diese Begebenheiten lebendig werden. Nach seiner Lesung erfolgt ein Gespräch mit dem Autor, die Moderation hat **Heike Sudmann**.

Zum anstehenden »heißen Herbst«, dem Widerstand gegen Sozialabbau und die damit verzahnte Kriegsvorbereitung, zählen auch die **Protestaktionen gegen den Rechtsextremismus und die AfD**. Auf den jeweils von mehreren tausend Hamburger*innen besuchten **Prüfdemos** wird allmonatlich eingefordert, endlich ein Prüfverfahren zum Verbot dieser Partei einzuleiten. Die nächsten Demonstrationen finden statt am **Samstag, den 10. Oktober**, am **14. November** sowie am **12. Dezember**, jeweils um 14.00 Uhr am Jungfernstieg.



Forderung

PRÜF steht für „Prüfung Rettet Übrigens Freiheit!“ und wir haben nur eine Forderung:

„Alle Parteien, die vom Verfassungsschutz als rechtsextremer Verdachtsfall oder gesichert rechtsextrem eingestuft werden, sollen durch das Bundesverfassungsgericht überprüft werden.“

Dafür demonstrieren wir so lange, bis der Bundesrat die Prüfung beantragt:

Immer am **2. Samstag** im Monat
um **2 Uhr** (Nachmittags)
zentral in Hamburg

Teilabriss der Holstenstraße 197: Mietervereine fordern Erhalt und Wiederaufbau des Wohnhauses

Der Abriss des maroden Wohnhauses Holstenstraße 197 nach jahrelang ausgesessener Instandhaltung bewegt zu Recht die Gemüter in Hamburg. Profitgier zeigt sich hier von ihrer schmierigsten und gefährlichsten Seite. Aber nicht nur das. Wir denken in großem Mitgefühl an die Mieter*innen, die binnen weniger Minuten ihre Wohnungen verlassen mussten und dabei oft genug nicht einmal das Nötigste mitnehmen konnten. Und wir haben das schreckliche Bild vor Augen, dass diese Menschen dann in den Trümmern nach den Überresten ihres Inventars und all der vielen kleinen Dinge des Alltags wühlen mussten, meist ohne Erfolg. Wir können dem Statement der beiden Hamburger Mieter*innenvereine vom 18. August nur zustimmen, die Konsequenzen im konkreten Fall und mit Blick auf andere weil vernachlässigte, gefährdete Objekte einfordern.

Mieter helfen Mietern und Mieterverein zu Hamburg verlangen konkrete Perspektiven für betroffene Bewohner:innen und verbindliche Maßnahmen von Eigentümer, Bezirk und Senat

Der Teilabriss des Hauses Holstenstraße 197 ist erfolgt. Mit dem hinteren Gebäudeteil ist auch Hab und Gut der dort lebenden Menschen zerstört worden. Für die betroffenen Mieter:innen, die von *Mieter helfen Mietern* vertreten werden, ist das eine Katastrophe: Mit dem Bagger wurden nicht nur Räume abgetragen, sondern auch persönliches Eigentum, Erinnerungsstücke und Dinge von ideellem Wert unwiederbringlich vernichtet.

Die beiden Hamburger Mietervereine *Mieter helfen Mietern (MhM)* und *Mieterverein zu Hamburg* fordern deshalb gemeinsam, dass jetzt alles dafür getan wird, die Holstenstraße 197 als Wohngebäude zu erhalten und wieder aufzubauen, damit die Bewohner*innen ihr Zuhause wiederbekommen. Die Verantwortung dafür liegt zunächst beim Eigentümer. Aber auch das Bezirksamt Altona, der Senat und die Hamburger Politik und Verwaltung dürfen sich angesichts der Folgen nicht aus der Verantwortung ziehen.

»Für die Menschen, die hier gelebt haben, ist das Ausmaß der Zerstörung kaum zu begreifen. Sie haben ihr Zuhause verloren, persönliche Dinge sind zerstört worden, die sich nicht ersetzen lassen. Erinnerungsstücke, Fotos, Möbel, persönliche Gegenstände: All das kann man nicht einfach mit Geld zurückbringen«, sagt Lukas Bowen, Rechtsanwalt beim Mieterverein zu Hamburg. »Die Betroffenen sind am Boden zerstört. Sie brauchen jetzt nicht nur schnelle und unbürokratische Unterstützung, sondern vor allem eine Perspektive. Dazu gehört auch die klare Zusage: Holstenstraße 197 darf nicht zur innerstädtischen Wohnruine oder zur bloßen Baulücke werden.«

Die Mietervereine verlangen daher einen verbindlichen Plan für den Erhalt des Gebäudes. Der Eigentümer muss dazu verpflichtet werden, den zerstörten Gebäudeteil wiederherzustellen. Gleichzeitig muss die Stadt sicherstellen, dass der Wiederaufbau nicht verzögert wird.

Bei allem dringend erforderlichen Schutz des Hauses 197 muss auch schnellstmöglich sichergestellt werden, dass die Mieter*innen des Hauses 199, die vom Mieterverein zu Ham-

burg vertreten werden, und auch die Mieter*innen des Hauses 191/193 wieder zurück in ihre Wohnungen können. »Auch die Mieter*innen der Häuser 199 und 191/193 dürfen nicht vergessen werden und haben Anspruch darauf, dass die Gefahren für ihr Zuhause so schnell wie möglich beseitigt werden. Unsere Mitglieder wollen – bei aller Solidarität für die Nachbar*innen – endlich wieder nach Hause,« sagt Rechtsanwalt Lukas Bowen.

»Die Mieter*innen haben bestehende Mietverträge und verlangen vom Eigentümer nach dem Abriss des Hinterhauses, dass ihre Wohnungen schnell wieder aufgebaut werden. Derzeit stehen mit dem Vorderhaus noch zwei Drittel des Hauses, voll mit dem restlichen Hab und Gut der Mieter*innen. Der Eigentümer muss behördlich dazu verpflichtet werden, alles technisch Mögliche ohne Rücksicht auf Kosten zu unternehmen, damit dieser Hausteil erhalten bleibt«, sagt Marc Meyer, Rechtsanwalt bei Mieter helfen Mietern. »Wir erwarten vom Eigentümer dafür einen konkreten schnellen Wiederaufbauplan. Bezirksamt und Senat, müssen alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um den Erhalt des Hauses für die Mieter*innen durchzusetzen. Die Mieter*innen brauchen endlich Gewissheit darüber, ob und wann sie in ihr Zuhause zurückkehren können.«

Mieter helfen Mietern und Mieterverein zu Hamburg schlagen folgende Maßnahmen vor:

- **Verbindlicher Wiederaufbauplan:** Der Eigentümer wird dazu verpflichtet, kurzfristig einen verbindlichen Plan vorzulegen, wie Holstenstraße 197 gesichert und wieder aufgebaut werden soll, einschließlich eines konkreten Zeitplans.
- **Erhalt des Wohnraums sicherstellen:** Das Bezirksamt Altona und der Senat schöpfen alle ihnen zur Verfügung stehenden rechtlichen Möglichkeiten aus, um den gefährdeten Wohnraum an diesem Standort dauerhaft zu sichern. Dazu gehören insbesondere bauordnungs- und städtebaurechtliche Instrumente, die auf die Sicherung

und Instandsetzung des Gebäudes und seiner Wohnnutzung gerichtet sind.

- **Rückkehrrecht für die bisherigen Mieter*innen:** Diejenigen Bewohner*innen, die in der Holstenstraße 197 gelebt haben und zurückkehren möchten, müssen ein verbindliches Rückkehrrecht erhalten. Ihre bisherigen Mietverhältnisse bestehen fort, und ihre Interessen müssen beim Wiederaufbau berücksichtigt werden.
- **Unterstützung für die Betroffenen:** Eigentümer, Bezirksamt und Senat müssen gemeinsam dafür sorgen, dass die betroffenen Mieter*innen bei der Suche nach Ersatzwohnraum, bei Umzugskosten und bei der Sicherung beziehungsweise Erstattung ihres zerstörten Eigentums schnell und unbürokratisch unterstützt werden. Für die Betroffenen darf die Zerstörung ihres Zuhauses nicht auch noch zu einer existenziellen finanziellen Belastung werden. Wer in Vorleistung geht, soll Regress gegenüber dem Eigentümer nehmen.
- **Transparenz über die nächsten Schritte:** Das Bezirksamt soll die betroffenen Mieter*innen regelmäßig über den Zustand des Gebäudes, die geplanten Sicherungsmaßnahmen und den Zeitplan des Wiederaufbaus informieren. Sie dürfen nicht erneut vor vollendete Tatsachen gestellt werden.

- **Stadt muss notfalls selbst handeln:** Sollte der Eigentümer nicht bereit oder in der Lage sein, den Wohnraum zeitnah wiederherzustellen, muss die Stadt prüfen, ob sie selbst Verantwortung für das Gebäude übernehmen kann, etwa durch behördliche Treuhänderschaft, Ankauf oder eine andere geeignete Form der öffentlichen und gemeinwohlorientierten Sicherung.

Die beiden Mietervereine betonen: Der Fall Holstenstraße 197 ist kein isoliertes Problem. Wenn Wohngebäude über Jahre vernachlässigt werden und erst gehandelt wird, wenn eine akute Gefahr für Leib und Leben besteht, verlieren am Ende vor allem die Bewohner*innen, aber auch die Zivilgesellschaft. Deshalb braucht es eine verbindliche Nachweispflicht dafür, dass »Dach und Fach« aller Wohngebäude intakt sind. Eigentümer*innen sollten regelmäßig nachweisen müssen, dass ihre Häuser baulich sicher sind und keine substanzbedrohenden Mängel aufweisen. Ein bei den Wohnraumschutzämtern angesiedelter »Wohnraum-TÜV« könnte Schäden frühzeitig erkennen und sicherstellen, dass notwendige Instandsetzungen nicht erst dann erfolgen, wenn der Wohnraum bereits akut gefährdet ist. So ließe sich verhindern, dass Mieter*innen am Ende vor den Trümmern ihres Zuhauses stehen.

Von wegen Wohngeldreform

Und wo wir gerade beim Mietervereinen und Mieter*innenrechten sind, hier nehmen wir noch eine Initiative des *Mietervereins zu Hamburg* auf, die sich gegen die geplanten Verschlechterungen beim Wohngeld richten.

Ein vorgelegter Gesetzentwurf der CDU-SPD-Koalition auf Bundesebene – verharmlosender Titel: »Gesetz zur Vereinfachung und Fortentwicklung des Wohngeldgesetzes« – sieht erhebliche Verschlechterungen vor, eine Verabschiedung und Umsetzung würde für tausende Hamburger*innen das Ende ihres Wohngeldbezuges bedeuten. Gegenwärtig beziehen knapp 27.000 Haushalte Wohngeld, im Durchschnitt 318 Euro im Monat. Wie die *Mopo* berichtet, könnten durch die angepeilte »Reform« rund 9.000 Haushalte diesen Anspruch verlieren. Eine solche unsoziale Maßnahme geht in Hamburg sogar dem rötlich-grünen Senat zu weit, er will die Pläne der Bundesregierung stoppen (NDR, online vom 8.9.2026).

Wer sich gegen die Kürzungspolitik in diesem Bereich aussprechen und dazu an etwaige (Wahlkreis-)Abgeordnete wenden möchte, kann dabei auf einen Musterbrief des Mietervereins zurückgreifen, den wir im Weiteren aufnehmen. Es verbleibt noch eine kleine Restzeit, denn die entscheidende Abstimmung im Bundestag wird für den Spätherbst erwartet, damit die Gesetzesnovelle zum 1. Januar 2027 in Kraft treten kann.

Musterbrief des Mietervereins zu Hamburg vom Juli 2026

Betreff: Wohngeldreform

Sehr geehrte Frau Abgeordnete ... /

Sehr geehrter Herr Abgeordneter ...

Mit großer Sorge haben wir den Referentenentwurf des Bundesbauministeriums (BMWSB) zum Wohngeld zur Kenntnis genommen. Wir bitten Sie, dem Gesetz im Bundesrat aus folgenden Gründen die Zustimmung Hamburgs zu verweigern.

1. Besonders schwere Folgen für die Menschen in Hamburg

In Hamburg beziehen rund 27.000 Haushalte Wohngeld. Nach den Plänen der Bundesregierung wird ein Drittel den Anspruch ganz verlieren, alle anderen werden Einbußen hinnehmen müssen. Viele der Betroffenen sind berufstätig und liegen damit knapp über dem Existenzminimum, wenn ihnen das Wohngeld hilft. Andere haben ein Leben lang gearbeitet, Kinder großgezogen und leben dennoch von kargen Renten. Alle können die ständig steigenden Wohnkosten kaum stemmen. Gerade diese Zielgruppen dürfen nicht zur Konsolidierung des Bundeshaushalts herangezogen werden.

Die geplanten Kürzungen beim Wohngeld bedeuten für viele einkommensschwache Haushalte erhebliche finanzielle Einbußen. Besonders gravierend sind die Auswirkungen

gen in Hamburg: Zusätzlich zu den bundesweiten Einschnitten soll die Hansestadt von der bisherigen Mietenstufe VI auf die Mietenstufe V herabgestuft werden. Damit würden die für das Wohngeld maßgeblichen Höchstbeträge für berücksichtigungsfähige Mieten abgesenkt – obwohl die Mieten in Hamburg keineswegs gesunken sind. Im Gegenteil: Die Wohnkosten gehören weiterhin zu den höchsten Deutschlands. Die Herabstufung steht damit in eklatantem Widerspruch zur Realität auf dem Hamburger Wohnungsmarkt.

2. Das Gesetz belastet Verwaltung und städtischen Haushalt

Perspektivisch sollen Bund und Länder durch die Wohngeldreform jeweils eine Milliarde Euro einsparen, was rund 45 Prozent der aktuellen Wohngeldausgaben entspricht. Nach Angaben des BMWBSB rutschen durch die Reform 160.000 Haushalte in die Grundsicherung, was dort zu Mehrausgaben von rund 750 Mio. Euro führt. Ein Teil dieser Summe wird auch von der Freien und Hansestadt Hamburg übernommen werden müssen und belastet damit den städtischen Haushalt zusätzlich.

3. Das Gesetz birgt sozialpolitischen Sprengstoff

Der Wechsel vom Wohngeldbezug in die Grundsicherung bedeutet einen hohen bürokratischen Aufwand für die Ämter, aber vor allem einen Verlust von Eigenständigkeit und Selbstwert für die Betroffenen. Sie können nicht wie bisher ihren Lebensunterhalt weitgehend selbst finanzieren, sondern werden von der Grundsicherung abhängig und sind verpflichtet, ihre geringen Ersparnisse weitgehend aufzubreuchen. Da die Hürden und die Scham, Grundsicherung zu beantragen, deutlich größer sind als beim Wohngeld, ist davon auszugehen, dass Betroffene stärker von Armut und in nicht wenigen Fällen zusätzlich von Wohnungslosigkeit betroffen sein werden.

Wir bitten Sie eindringlich, sich den kritischen Stimmen vieler Landesregierungen, Verbände, Institutionen und der Zivilgesellschaft anzuschließen und diese Reform nicht Wirklichkeit werden zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen

Die Hoffnung organisieren

*Jan Paul van Aken, geboren 1961 in Reinbek, das war und ist einer der wenigen LINKEN, die bisher über Hamburg in den Deutschen Bundestag einrückten. Dreimal ist ihm das gelungen: 2009, 2013 und – nach einer selbstgewählten Pause – zuletzt dann noch einmal 2025. Einen Namen hatte sich Jan zuvor schon als Aktivist gegen biologische Kriegswaffen gemacht, nicht zuletzt als Biowaffeninspekteur der UNO von 2004 bis 2006. Viele Hamburger*innen kennen und schätzen ihn, als sympathischen, ruhigen und sehr kundigen Waffenexperten und Außenpolitiker und eben auch basisorientierten Organizer, der immer mal wieder im NDR zu Wort kam. In einer für DIE LINKE schwierigen Phase wurde er im Oktober 2024, zusammen mit Ines Schwerdtner, als Bundesvorsitzender der Linkspartei gewählt, in ein Amt, von dem er gesundheitsbedingt im Juni 2026 zurücktrat. Nicht zuletzt über den »Bürger*innenbrief« haben wir Jans Engagement über die Jahre verfolgt und unterstützt und die eine oder andere Bundestagsfahrt mit ihm und dutzenden interessierten Hamburger*innen durchführen können. Nach seinem Rücktritt als Co-Vorsitzender – Bundestagsabgeordneter ist er ja weiterhin – haben wir ihn gebeten, auf seine Zeit als Chef der Linkspartei zurückzublicken. Hier nun sein persönlich gefärbter, eingängiger Beitrag, für den wir ihm ganz, ganz herzlich danken.*



Jan van Aken (alle Fotos: DIE LINKE)

Eine Bilanz nach zwei Jahren als Co-Vorsitzender der LINKEN

Von Jan van Aken

Was waren das für krasse zwei Jahre. Am Anfang ging es Schlag auf Schlag: meine Entscheidung, als Parteivorsitzender anzutreten, dann das Ende der Ampel, ein Blitzwahlkampf und eine Aufholjagd, die ihres Gleichen suchte. Dann die 8,8% bei der Bundestagswahl und ein wahnsinniges Glücksgefühl. Das war schon eine Achterbahn.

Die Zeit des Bundestagswahlkampfes 2025/2026 war sicherlich die stressigste meines Lebens. Ich bin jetzt noch manchmal an Orten, wo wir im Wahlkampf waren, zum Teil in denselben Kneipen. Da ist dann direkt die ganze Welle der Gefühle wieder da. Gute Gefühle natürlich, es hat mir tierisch Spaß gemacht damals. Aber hinterher habe ich dann schon gedacht: Boah, ey – da sind wir an unsere Grenzen gegangen.

Ich habe eigentlich gedacht, dass ich besser damit klar kommen werde, aber als ich meinen engsten Kolleg*innen im März erzählt habe, dass ich als Parteivorsitzender nicht mehr weitermachen kann, da hat mich das viel mehr mitgenommen, als ich gedacht hatte. Ich habe mich gefühlt, als würde ich eine schwere Trennung durchmachen.

Denn die Wahrheit ist: Ich wäre sehr gerne noch zwei Jahre euer Parteivorsitzender gewesen, das hatte ich mir vorgenommen, das hatte ich euch versprochen. Meine chronische Erkrankung hat mir leider einen Strich durch die Rechnung gemacht. Meine Entscheidung hatte viel mit Vorsicht zu tun – es geht mir heute gut. Ich mache das, damit es mir in zehn Jahren auch noch so gut geht wie heute. Die Krankheit ist nicht lebensbedrohlich, sie wird durch Stress schlechter und ohne Stress besser.

Wir Männer sind manchmal nicht so gut darin, wirklich auf unseren Körper zu achten – wird schon, schaffe ich und so weiter. Ich war auch nicht gut drin. Ich musste das jetzt auf die harte Tour lernen. In der Partei reden wir oft darüber, dass Menschen nicht verheizt werden dürfen. In Krankenhäusern, in Kitas, in Fabriken oder in Büros. Und dann müssen wir auch ehrlich zu uns selbst sein. Gerade in diesen harten Zeiten müssen wir auch zärtlich miteinander und mit uns selbst umgehen.

Ich denke dieser Tage oft daran, warum ich mich 2024 für den Parteivorsitz beworben habe. Es gab Umbrüche in der Partei, die Umfragen für DIE LINKE wurden immer schlechter, die Ergebnisse bei der Europawahl waren schlimm. Ich dachte: Wir dürfen nicht zulassen, dass DIE LINKE immer unbedeutender wird.

Meine Analyse war: Wir haben ein Jahr lang Zeit, um eine Kampagne auf die Beine zu stellen. Imagebildung, Außenkommunikation, Kampagnenarbeit, das habe ich bei Greenpeace von der Pike auf gelernt. Diese Dinge kann ich, also habe ich gedacht: Vielleicht kann ich helfen.

Ihr habt mir vor zwei Jahren das Vertrauen geschenkt, und dafür danke ich euch.

Ines Schwerdtner und ich waren noch nicht mal einen Monat im Amt, als die Ampelregierung platzte. Die vorgezogene Neuwahl machte unseren schönen Zeitplan zunichte. Mitten in der Krise hieß es direkt: Wahlkampf, dann unsere Aufholjagd, Einzug in den Bundestag. Danach war dann in der Partei viel zu tun, Neuaufbau, neue Strukturen, neue Mitarbeiter*innen, die Tausenden neuen Mitglieder mussten irgendwie eingebunden werden.



Einsatz im Straßenwahlkampf

Und im Rückblick?

Diese unsere Partei hat in diesen zwei Jahren viel mehr hingekriegt, als ich je gedacht hätte. Und zwar nicht nur bei Wahlen oder Umfragen. Sondern auch bei der Kultur in der Partei. Wir haben ganz viele junge Mitglieder, viele tolle junge Frauen. Wir reden gut übereinander, das war früher mal anders.

Wir haben Themen gesetzt, für die keine andere Partei steht: Für Mieten, die sich jeder leisten kann, gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht, für bezahlbares Leben generell, für eine Vermögenssteuer.

Besonders die Vermögenssteuer liegt mir sehr am Herzen, denn es gibt dafür viele gute Gründe. Der Offensichtlichste: Die Milliardäre haben ihren Reichtum nicht verdient. Niemand hat 1,1 Millionen Euro die Stunde verdient. So viel Geld hast du nur, weil du es jemand anderm weggenommen hast. Weil du zu wenig Lohn bezahlst, oder weil du uns zu hohe Preise abknöpfst oder beides.

Die Milliarden der Superreichen wachsen Jahr für Jahr, während Millionen Menschen am Ende des Monats verzweifelt sind, weil die hohen Preise ihnen die Haare vom Kopf fressen. Damit muss endlich Schluss sein. Die Lösung ist ganz einfach. Sie heißt Vermögenssteuer. Oder: Tax the Rich. Das finden nicht nur wir von der LINKEN: 64 Prozent der Deutschen wollen endlich eine Vermögenssteuer. Weil es nur gerecht ist, dass die Superreichen auch ihren Anteil an unserem Gemeinwesen tragen.

Über diese 64 Prozent sollten wir mal nachdenken. Denn das gilt ja nicht nur für die Vermögenssteuer, dass da eine große Mehrheit unserer Meinung ist. Das gilt auch für den Mietendeckel, den wollen drei Viertel der Menschen hier in Deutschland. Oder die Rente mit 65 – auch da gibt es die Zustimmung einer ganz großen Mehrheit.

Das muss uns doch zu denken geben: So viele Menschen in Deutschland wollen eine andere Welt. Sie wollen eine gerechtere Welt. Sie wollen, dass die starken Schultern ihren gerechten Anteil tragen. So viele Menschen in Deutschland finden, dass der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte sein kann. So viele Menschen wollen das, was wir auch wollen.

Früher nannte man so was Volkspartei. Und das ist meine Vision für DIE LINKE – wir wollen Volkspartei sein. Ich finde, wir haben das Zeug zur Volkspartei, für 20 Prozent oder mehr. Berlin macht es gerade vor: Da liegen wir mit unserer tollen Spitzenkandidatin Elif Eralp in den Umfragen zu den Abgeordnetenhauswahlen im September bereits bei 20 Prozent. Wir können dieses Land wirklich von Grund auf verändern, wirklich gerechter machen. Da will ich hin, und das ist kein Traum, sondern eine Aufgabe.



Nicht nur die Umfragewerte wachsen, auch wir als Partei werden größer, bunter, vielfältiger. Und das ist gut so. Aber es ist nicht einfach.

Ich muss oft an eine Anekdote zurückdenken, als gerade Zehntausende neu in die Partei gekommen sind und plötzlich sehr unterschiedliche Kulturen aufeinander gestoßen sind. Da gab es ein Neumitgliedertreffen, die Neuen stellten sich vor, und eine junge Genossin fragte: Stellen wir uns hier eigentlich mit Pronomen vor? Und da antwortete eine ältere Genossin: Och, wir duzen uns hier alle.

Ich muss heute immer noch drüber lachen, ist doch wunderschön. Das Tolle ist doch: Das geht zusammen. Das schließt

sich nicht aus. Natürlich ist es nicht einfach, so viele so ganz unterschiedliche Menschen unter einen Hut zu bringen.

Deswegen müssen wir uns immer wieder klar machen: Wir sind eine plurale Partei und dazu gehört, dass wir auch unterschiedliche Meinungen aushalten müssen. Über Details können wir gern streiten, müssen wir sogar, um klüger zu werden. Aber immer freundlich, immer sachlich und immer mit einem Lächeln. Damit wir am nächsten Tag gemeinsam eine Mieterversammlung organisieren können, um endlich diesen verdammt Mietendeckel durchzusetzen.

Und dann bei Wahlen auch 20 Prozent einzufahren.

Die Frage ist: Was braucht es dafür?

Zum einen das Ohr am Puls der Zeit halten, am Puls der Menschen hier im Land. Zuhören – das haben wir so gut gemacht im Bundestagswahlkampf. So viele Menschen sind gar nicht mehr gewohnt, dass ihnen überhaupt jemand zuhört. Und wir haben zugehört, wir haben die Probleme ernstgenommen und tragen sie in den Bundestag und auf die Straße. Wir wissen, womit die große Mehrheit der Menschen hier gerade zu kämpfen hat, und wir kümmern uns drum.

Zum anderen: Revolutionäre Freundlichkeit – Ich weiß noch, wie Ines Schwerdtner diesen Begriff in eines unserer ersten Papiere geschrieben hat und ich dachte: »Was ist das denn für ein cooler Begriff«. Wir beide haben sie gelebt und wenn ich heute in der Partei unterwegs bin, dann spüre ich diese Freundlichkeit auch überall. Das müssen wir uns bewahren. Man wird nicht ernster genommen, wenn man böse guckt. Freundlich sein, nett und trotzdem mit großer Entschlossenheit und echtem Feuer voranschreiten – das schließt sich nicht aus.

Drittens: Hoffnung. Ich habe von Anfang an gesagt: Ich habe keine Lust, den Menschen zu erzählen, wie scheiße es ihnen geht. Das wissen die im Zweifelsfall selbst sehr gut. Unser Job ist es, die Lösung zu zeigen. Ideen, die funktionieren. So was wie den Mietendeckel: Den haben wir schon mal gemacht, der hat funktioniert, der macht Millionen Menschen Hoffnung, weil sie sehen: das würde mein Leben sofort besser machen. Und er ist machbar. Wenn wir einen Heizkostencheck machen und eine Familie bekommt 200 Euro bares Geld zurück, dann macht das Hoffnung. Und wenn wir eine Vermögenssteuer fordern, dann ist das keine Parole, sondern das ist ernst gemeint. Wir werden eine Vermögenssteuer durchsetzen! Sie wird kommen, weil wir nicht locker lassen werden, bis sie da ist.

An der Stelle werde ich oft gefragt, woher ich eigentlich meine Hoffnung nehme in diesen düsteren Zeiten. Die Antwort ist ganz einfach: Weil wir schon so viel gewonnen haben! Der Acht-Stunden-Arbeitstag wurde als eine Idee von Spinern angesehen. Jetzt gibt es ihn. Ein Wahlrecht für Frauen konnte sich auch viele Jahre, Jahrzehnte, sogar Jahrhunderte kaum jemand vorstellen. Heute ist es da und das ist gut so.

Das auch meine ganz persönliche Lebenserfahrung ist: Wenn du dich wehrst, wenn du dich zusammentust, wenn wir uns gemeinsam für eine Sache einsetzen, dann gewinnen wir sie. Ich zum Beispiel habe mich als junger Schüler in

der Anti-AKW-Bewegung politisiert. Und das haben wir gewonnen. Ja, es hat 40 Jahre gedauert, aber die Kernreaktoren sind stillgelegt. Die Greenpeace-Kampagne, bei der ich in den 90ern mit dabei war, die haben wir gewonnen.

Wir als Linke haben vor 20 Jahren angefangen, uns für den Mindestlohn einsetzen – und wir haben ihn gewonnen. Am Ende haben es CDU und SPD in der Regierung umgesetzt, aber wir waren entscheidend dafür, den Druck der Öffentlichkeit zu mobilisieren. Das war unser Sieg. Darauf können wir auch heute noch stolz sein.

Ich bin sehr optimistisch, dass wir auch die Vermögenssteuer und den Mietendeckel durchsetzen werden. Wenn wir hartnäckig genug sind und unsere Kräfte darauf konzentrieren. Und weil wir die ganz große Mehrheit der Menschen hinter uns haben mit diesen Forderungen. Zu wissen, wenn man Sachen in die Hand nimmt, dann kann man was verändern. Das ist meine Lebenserfahrung. Das macht mir Hoffnung.

Ich bleibe Bundestagsabgeordneter, mein Job ist noch nicht zu Ende. Ich werde mich meinem Herzensthema widmen: der Außenpolitik. Es gibt immer neue Kriege auf der Welt, die Weltordnung, wie wir sie kannten, scheint nicht mehr zu sein. Die Superreichen und Mächtigen scheren sich nicht darum, dass die Mehrheit der Menschen darunter leidet und endlich Frieden will.

Und die Bundesregierung? Die schreddert das Völkerrecht und steigt ein in eine Rüstungsspirale, die immer mehr Geld verschlingt und für Ausgaben, die unser aller Leben besser macht, nichts mehr übrig lässt.

Ich habe eine Idee, wie wir da rausfinden: Mehr Diplomatie

Aus meiner Erfahrung als Waffeninspekteur und Friedensforscher weiß ich, dass Kriege selten enden, weil eine Seite militärisch besiegt wird. Noch viel seltener, weil beide Seiten Einsicht hätten. Der Weg zum Frieden geht vielmehr oft über Gespräche und Verhandlungen: zwischen Staaten, zwischen Bündnissen, aber auch innerhalb der Zivilgesellschaft. Diese Art, Kriege zu beenden, hat in der Geschichte immer wieder Erfolg gehabt – und Leid und Not beendet. Die Menschen wollen Frieden. Sie wollen ein gutes Leben. Diplomatie ist der Weg dorthin. Das möchte ich ganz konkret mit meiner Arbeit zeigen. Deswegen mache ich das jetzt auch weiter. Ich will helfen, neue Leute aufzubauen, denen dann ein ähnliches Vertrauen entgegengebracht wird wie mir als Außenpolitiker.

Ich bin im Mai 65 geworden. Das war, als ich geboren wurde, das Renteneintrittsalter. Ich merke jetzt am eigenen Körper: aus guten Gründen. Ich freu mich jedenfalls, jetzt etwas mehr Zeit zu haben. Zeit, die ich auch in Hamburg verbringen werden, bei meinen Kindern, bei meiner Enkelin.

Wir werden uns wiedersehen. Hier bei uns in Hamburg, auf der Straße, bei euch im Bezirksverband oder im Bundestag. Und ich freue mich drauf. Es waren wirklich die krasssten zwei Jahre meines Lebens, wir sind so eine coole Partei, ihr alle seid so cool – ich freue mich drauf, noch weiter mit euch zu arbeiten.

VSA: Demnächst zu haben, jetzt schon vorbestellen!



Joachim Rock
Armut? Abschaffen!
Warum wir sie nicht länger hinnehmen müssen
Fakten, Hintergründe, Vorschläge
176 Seiten | € 16,80
ISBN 978-3-96488-249-3



Dieter Klein
Hoffnung in dunklen Zeiten
Auf der Suche nach einer Großen
humanistischen sozialistischen Erzählung
Eine Veröffentlichung
der Rosa-Luxemburg-Stiftung
240 Seiten | € 16,80
ISBN 978-3-96488-283-7



Peter Müller
Strategische Betriebsräte
Ein Praxisbuch für erfolgreiche
Interessenvertretung von Beschäftigten
Vorwort
von Christoph Meister
(ver.di-Bundesvorstand)
176 Seiten | € 16,80
ISBN 978-3-96488-264-6



**ABC zu Menschen,
die Linke kennen sollten**
Von Wolfgang Abendroth
über Otto Brenner, Angela
Davis und Mikis Theodorakis
bis Clara Zetkin. Vorgestellt
von Hartmut Meine
144 Seiten | € 12,00
ISBN 978-3-96488-279-0



Clara Zetkin
Der deutsche Stalinismus
Eine politische Abrechnung in zwei Briefen,
herausgegeben von Jörn Schütrumpf
Eine Veröffentlichung
der Rosa-Luxemburg-Stiftung
176 Seiten | € 19,80
ISBN 978-3-96488-280-6

Mehr Informationen zu diesen Titeln und zu zahlreichen weiteren Neuerscheinungen gibt es unter

www.vsa-verlag.de

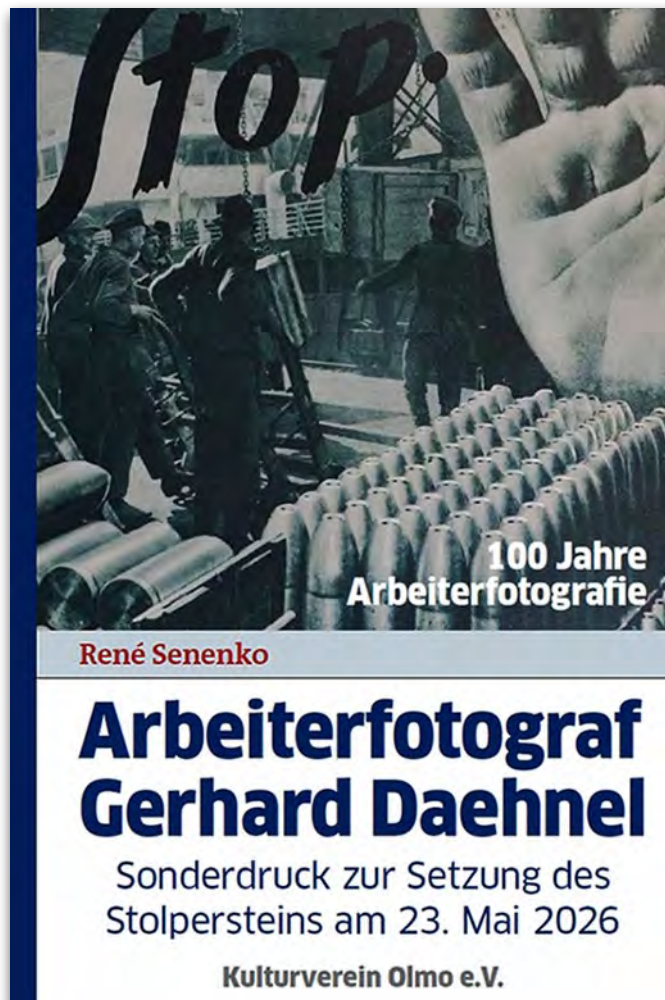
Der Arbeiterfotograf Gerhard Daehnel Über ein Stück fast vergessener Geschichte

Von René Senenko*

Wo lesen oder sehen wir Reportagen über die deutschen Waffenlieferungen an Israel oder an die Ukraine? Auch wenn solche Lieferungen im Hamburger Hafen umgeschlagen werden, herrscht Stillschweigen. Dabei war Hamburg schon immer eine Drehscheibe für den Handel mit Kriegsgütern. Carl von Ossietzky schrieb 1928 in der »Weltbühne« über den Hamburger Hafen, »... denn hier ist seit geraumer Zeit ein Hauptstapelplatz des internationalen Waffenschmuggels.«

Seit der Weltwirtschaftskrise 1929 nahmen die Hemmungen der Waffenproduzenten, der Reeder und Spediteure immer mehr ab, sich auf den Handel mit Kriegsgerät einzulassen. Tagtäglich gingen bei der KPD-Zeitung »Hamburger Volkszeitung« Meldungen von »Arbeiterkorrespondenten« über Waffenlieferungen im Hafen ein. Es waren so viele, dass die Redaktion nicht nachkam, sie alle zu prüfen und zu veröffentlichen.

Als im Frühjahr 1932 Japans Luftwaffe Shanghai und die Nachbarstädte bombardierte, begab sich ein kleiner Trupp von Presseleuten und Arbeiterfotografen im Hamburger Hafen zum Kaischuppen 73. Sie kamen zur rechten Zeit, als der Frachter »Coblenz« des Norddeutschen Lloyd mit Flugzeugteilen für die japanischen Truppen beladen wurde. Die Schiffsbesatzung, zu der auch 36 chinesische Seeleute gehörten, hatte keine Ahnung, was da an Bord gehievt wurde. Als sie von den Fotografen erfuhren, dass die Ladung für Japan bestimmt sei, war die Empörung der chinesischen Besatzung so groß, dass sie sogleich begann, das Schiff zu bestreiken. Die Reederei rief die Polizei. Wie die Geschichte ausging, erfahren Sie in der jüngst veröffentlichten Broschüre des Kulturvereins Olmo e. V.: »100 Jahre Arbeiterfotografie – Arbeiterfotograf Daehnel«, die anlässlich



Gerhard Daehnel (Foto: Archiv Olmo e.V.)

der Stolpersteinverlegung für den Schiffbauer und Arbeiterfotografen Gerhard Daehnel erschienen ist. Das Heft informiert über die Geschichte der im Oktober 1926 gegründeten Ortsgruppe der »Vereinigung der Arbeiterfotografen Deutschlands«, die ab 1931 von Daehnel geleitet wurde. Ein Lebensbild Daehnels beschließt das reich illustrierte, 36-seitige Heft, das über post@olmoo.de zum Preis von 7,- Euro inkl. Porto bestellt werden kann. Alle Aufsätze sind auch im Sammelband »Rotsport und Russenbenzin« enthalten, der bei Olmo e. V. erhältlich ist. Näheres bei www.olmoo.de.

* René Senenko ist Vorsitzender des Kulturteams Olmo e. V.

Kultur Tipp

Ein einzigartiges Kunsterlebnis

Von Michael Joho

Wer moderne Kunst im ganz großen Maßstab kennenlernen und sich einen Tag freimachen kann, der-/demjenigen sei die »NordArt« in Büdelsdorf bei Rendsburg wärmstens empfohlen. Ich war jetzt zum wiederholten Mal auf dieser seit 1999 existierenden, mittlerweile europaweit größten Ausstellung der modernen Kunst und bin wieder total beeindruckt gewesen.

Allein die Dimensionen des Areals machen schwindlig: Als ich vor Jahren das erste Mal auf der umgenutzten Carlschütte war und die 80.000 m² Parkgelände mit seinen vielen Dutzend Skulpturen erkundet hatte, war ich eigentlich schon erschöpft. Um dann, schon quasi beim Rückweg, noch eben schnell in eine große Fabrikhalle der ehemaligen Eisen gießerei aus dem 19. Jahrhundert hineinzuschauen. Wow, habe ich damals gesagt, und seitdem in jedem Jahr, in dem ich diese 22.000 Quadratmeter große Ausstellungsfläche betrete.



Von Arbeit gezeichnete Finger, die einen Körper zermalmen, Anklage gegen überlange Arbeitszeiten in China, Bronzeskulptur von Su Xinping.

Auf diesen beiden Arealen präsentieren sich etwa 200 Gegenwartskünstler*innen, die aus 3.000 internationalen Bewerbungen ausgewählt wurden. Und was kriegt mensch dort nicht alles zu sehen? Holzarbeiten, große Gemälde, riesige Installationen, die ich in diesen Ausmaßen mein Leben noch nicht gesehen hatte. Vieles ist sicher Form und Design, aber es gibt auch eine große Anzahl gesellschaftskritischer Werke, in diesem Jahr vor allem wieder aus China. Und so wird das Projekt in der Eigendarstellung der privaten Aussteller*inneninitiative beschrieben: »Die NordArt versteht sich als ein zusammenhängendes Kunstwerk. Die besondere Atmosphäre der Carlschütte bildet den Rahmen für einen vielschichtigen Dialog zwischen Kunst, Raum und Publikum. Künstlerinnen und Künstler aus unterschiedlichen Kulturen präsentieren ihre Sichtweisen auf aktuelle gesellschaftliche, politische und philosophische Fragen und zeigen



Das Poster der diesjährigen NordArt

zugleich, dass viele Hoffnungen und Herausforderungen Menschen weltweit verbinden.»

Mit einer Gruppe von Freunden und Nachbarinnen haben wir den Besuch auch in diesem Jahr wieder als Event gestaltet: Eindreiviertel Stunden mit Bahn und Bus hin, vier, fünf oder gar sechs Stunden Aufenthalt, eindreiviertel Stunden zurück. Das Deutschlandticket sorgt für problemlose An- und Abreise, der Eintritt von 20 Euro dienstags bis freitags und 23 Euro an den Wochenenden (ermäßigt 18/20 €) klingt üppig, aber da wird auch reichlich was geboten. Ach ja, wir haben auch dieses Jahr wieder eine anderthalbstündige Führung gebucht, Kostenpunkt 12 Euro pro Person. Auch das war eine lohnende Ausgabe, denn moderne Kunst erschließt sich nicht nur mir nicht immer auf den ersten Blick. Und da war das Näherbringen wenigstens einer kleinen Anzahl von Objekten außerordentlich hilfreich. Der anschauliche Katalog (zum vertieften Staunen und Nacharbeiten kostet 28 Euro).

Wer es einrichten mag, die NordArt ist in diesem Jahr noch bis zum 4. Oktober zu besuchen. Mehr Infos unter www.nordart.de. ➡

Handyschnappschuss beim Stelldichein vor Goyas berühmten Gemälde »Die Erschießung der Aufständischen« von 1814« (Fotos: Michael Joho)

Mit diesem Bürger*innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger*innenbrief per E-Mail (in der Regel) monatlich beziehen oder aber nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Stephan Jersch, Abgeordnetenbüro Weidenbaumsweg 19, 21029 Hamburg